

Die proletarische Revolution und ihr Programm

Von

Karl Kautsky



A 96 - 07229

Stuttgart 1922 Berlin
J. S. W. Dietz Nachfolger | Buchhandlung Vorwärts
G.m.b.H. G.m.b.H.

B. Das Programm des Übergangs zum Sozialismus.

I. Die Aufgabe.

Wie die meisten sozialistischen Parteiprogramme zerfällt auch das Erfurter in zwei Teile, einen theoretischen und einen praktischen. Einen theoretischen, der das Endziel begründet und festlegt sowie den Charakter der Partei kennzeichnet, und den praktischen, der die nächsten praktischen Forderungen aufzählt, die erfüllt werden müssen, ehe man weiter gehen kann.

Als das Erfurter Programm beraten wurde, verlangten manche Genossen noch einen dritten Teil im Programm: eine Darstellung der Maßregeln, die den Übergang zum Sozialismus herbeiführen sollten.

Diesen dritten Teil lehnte ich damals ab, da er mir verfrüht erschien. Noch erschien mir die Situation nicht reif für unmittelbaren Übergang zum Sozialismus. Ich sagte damals in einer Artikelserie über den „Entwurf eines neuen Parteiprogramms“ (Neue Zeit, 9. Jahrgang, 2. Band):

„Wer immer uns die Methoden zeichnen will, durch die das Proletariat die politische Macht erobern will . . . , kann ihr Bild nur entwerfen nach dem Modell der Revolutionen, die gewesen sind. Wir glauben dagegen, daß man von den Entscheidungskämpfen zwischen Proletariat und Bourgeoisie nur eines mit Sicherheit behaupten kann: daß sie ganz anders aussehen werden, als die bisherigen Revolutionen ausgesehen haben, denn es werden Faktoren in Wirkung treten, die bisher noch bei keiner Revolution eine Rolle gespielt haben, die ganz neu sind und daher den kommenden akuten Massenkämpfen unerhörte Formen geben werden“ (S. 755).

Ich sagte weiter:

„Kann man über die Formen der kommenden politischen Entwicklung gar nichts sagen, so natürlich auch nichts über die Übergangsformen zum Sozialismus, die so mit diesem Wie und Wann in engster Verbindung stehen. Wir wissen auch gar nicht, welche Pro-

duktivkräfte und Produktionsformen die kapitalistische Produktionsweise bis dahin entwickeln wird; wir wissen nicht, bis zu welchem Grade sie in den einzelnen Ländern zur Reife gelangen werden; wir sind darüber auf vage Vermutungen angewiesen. Die Übergangsmaßregeln zum Sozialismus gehören daher unseres Erachtens nicht in das Programm. . . Nicht durch das Ausdenken einer Skablone von Übergangsmaßregeln, sondern nur durch eine gründliche Erkenntnis der tatsächlich um uns vor sich gehenden Entwicklung werden wir in den Stand gesetzt werden, in jeder kommenden Situation, welcher Art immer sie sein möge, stets das Zweckentsprechende zu fordern und zu tun“ (S. 757 ff.).

Der letzte Satz gilt natürlich heute noch, nicht aber der vorhergehende. Heute gehören die Übergangsmaßregeln zum Sozialismus ins Programm, denn heute sind wir darüber nicht mehr auf vage Vermutungen angewiesen. In der Beziehung waren wir freilich noch ein Jahrzehnt nach der Abfassung des Erfurter Programms nicht viel weiter gekommen, als ich meine Schrift über die soziale Revolution schrieb. Ich versuchte dort, Probleme zu lösen, die beim Übergang zum Sozialismus aufzutreten mochten, mußte aber dabei von einer hypothetischen Grundlage ausgehen. Ich war demnach auch weit entfernt davon, den Ergebnissen, zu denen ich kam, programmatischen Wert zuzuschreiben. Ihre Bedeutung war für mich ganz anderer Art. Ich sagte darüber im zweiten Teil der Schrift, der betitelt ist: Am Tage nach der Revolution:

„Ich halte es für eine gute Denkfähigkeit und für ein Mittel, politische Klarheit und Beständigkeit zu fördern, wenn wir versuchen, die Konsequenzen unseres Strebens zu ziehen und die Probleme zu erforschen, die uns aus der Eroberung der politischen Macht erwachsen dürften. Dies ist auch propagandistisch wertvoll, denn eines teils behaupten unsere Gegner, wir würden durch unseren Sieg vor unlösbare Aufgaben gestellt, und andererseits haben sich in den eigenen Reihen Leute gefunden, die die Folgen unseres Sieges nicht schwarz genug malen können. Der Tag des Sieges berge für uns auch schon den Tag der Niederlage in sich. Da ist es doch wichtig, zu untersuchen, ob und wieviel dies der Fall wäre.

Will man aber bei solcher Gedankenarbeit zu bestimmten Resultaten kommen und sich nicht ins Endlose verlieren, dann muß man die auftauchenden Probleme in ihrer einfachsten Form untersuchen, in der sie sich in Wirklichkeit nie zeigen werden, und abstrahieren von allen komplizierenden Umständen. . .

Revolution, Proletarische Revolution.

Nur solche Probleme der sozialen Revolution sind diskutabel, die auf dem hier angegebenen Wege erkennbar sind. Über alle andern kann man weder in der einen noch in der andern Richtung ein Urteil fällen.“ (Zweite Auflage, S. 67 bis 69.)

Über die hier gezogenen Schranken bei der Lösung der Probleme des Übergangs zum Sozialismus konnten wir noch vor kurzem nicht hinaussehen. Wir waren gezwungen, sie „in ihrer einfachsten Form zu untersuchen, in der sie sich in Wirklichkeit nie zeigen werden“.

Seit fünf Jahren, seit dem Zusammenbruch im Kriege, der zuerst zur russischen Revolution führte, dann zur österreichischen und deutschen, ist es anders. Wir sind nun mit einem Schlage an die Schwelle des Übergangs zum Sozialismus gerückt und können seine Probleme an den Erscheinungen der Wirklichkeit studieren. Dabei macht sich allerdings ein Umstand, der bei den Erscheinungen der Wirklichkeit nie fehlt, jetzt in besonders hohem Grade merkbar: die den normalen Ablauf der Prozesse fördernden Faktoren. Sie sind heute ausnehmend stark, da die Probleme des Übergangs zum Sozialismus heute kompliziert werden durch die Probleme des Überwindens der Nachwirkungen des Krieges, der alle Gesetze der Ökonomie auf den Kopf gestellt hat.

Aber wer die ökonomischen Gesetze schon vor dem Kriege erforscht hat und sich durch dessen Abnormitäten nicht verblüffen und irreführen läßt, der vermag nach fünf Jahren der Revolution doch die wirklichen Probleme des Übergangs zum Sozialismus mit einiger Sicherheit zu erkennen und daraus für das Handeln der sozialistischen Parteien programmatische Schlüsse zu ziehen.

Wo die Sozialdemokratie daran geht, ihr Programm zu revidieren, muß sie vor allem die Erfahrungen der Revolution für den Übergang zum Sozialismus feststellen.

Wohl stehen wir ja erst an der Schwelle des Übergangs. Ein abschließendes Urteil über ihn fällen zu wollen, wäre verfrüht. Aber bei der bisherigen Erkenntnis können wir uns nicht mehr beruhigen. Wir müssen uns zurechtfinden in der Flut neuer Aufgaben, die über uns hereinbrechen, und können damit nicht warten. Und es dünkt mich, als seien unsere Erfahrungen allerdings noch nicht weit genug geblieben, weiteres

Forschen überflüssig zu machen, wohl aber weit genug, unserm Tun größere Klarheit und Stetigkeit zu verleihen. Und nur dies, nicht die Feststellung ewiger Wahrheiten kann man von einem Parteiprogramm erwarten.

II. Die politische Revolution.

1. Die bürgerliche Revolution.

Die Frage nach den Formen des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Produktionsweise kann man auch formulieren als die Frage nach den Formen der proletarischen Revolution. Beide Fragen fallen miteinander zusammen.

Mit den ökonomischen Verhältnissen wandeln sich nicht bloß die Formen des Staates, sondern auch die der Revolutionen, das heißt der großen unumwälzbaren Machtverschiebungen der Massen.

Marx wies bereits in seinem „Achtzehnten Brumaire“, verfaßt 1852, darauf hin, daß die proletarische Revolution andere Formen annehme als die bürgerliche. Er sagte:

„Bürgerliche Revolutionen, wie die des achtzehnten Jahrhunderts, hüpfen rascher von Erfolg zu Erfolg, ihre dramatischen Effekte überbieten sich, Menschen und Dinge scheinen in Feuerbrillanten gefaßt, die Ekstase ist der Geist jedes Tages; aber sie sind kurzlebig, bald haben sie ihren Höhepunkt erreicht, und ein langer Nagenjammer ersetzt die Gesellschaft, ehe sie die Resultate ihrer Drang- und Sturmperiode nüchtern sich aneignen lernt. Proletarische Revolutionen dagegen, wie die des neunzehnten Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Laufe, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausamgründlich die Selbstheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schreden stets vor Neuem zurück, vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht und die Verhältnisse selbst rufen:

Hic Rhodus, hic salta,
Hier ist die Mause, hier tanze.“ *

* Marx entnahm diese willkürliche Übersetzung des Satzes wohl der Vorrede zu Hegels Rechtsphilosophie, wo sie sich in dieser Form

Mary zeichnet hier meisterhaft die bürgerliche Revolution. Aber um die proletarische zu kennzeichnen, dazu fehlten ihm alle Erfahrungsstatistiken. Es war verfrüht, wenn er um 1852 die Revolutionen des neunzehnten Jahrhunderts bereits als proletarische betrachtet. Dies war nur dann erklärlich, wenn ihm die Februarrevolution 1848 in Frankreich und die Chartistenbewegung jener Tage in England bereits als die einleitenden Vorgänge der proletarischen Revolution erschienen, so daß die politische Wiederbelebung, die nach der im Jahre 1849 einsethenden Reaktionsperiode zu erwarten war, eine gesteigerte proletarische Eruption mit sich bringen mußte.

Bei allem Tiefblick ließ Marx sich doch oft durch sein revolutionäres Temperament leicht verlocken, die Zukunft, die er klar vor Augen hatte, näher zu sehen, als sie war. So blieb ihm 1852 noch verborgen, daß zwischen der großen bürgerlichen Revolution von 1789 und der großen proletarischen, die er erwartete, mehr als ein Jahrhundert kapitalistischer Entwicklung liegen sollte, in der die Klasse der Kapitalisten ebenso emporstieg wie die des Proletariats. So folgt der bürgerlichen Revolution des achtzehnten Jahrhunderts die proletarische erst im zwanzigsten Jahrhundert, und zwischen beiden haben wir über ein Jahrhundert proletarischen Klassenkampfes, der das Proletariat erst fähig macht, seine Revolution zu vollbringen.

Deren Bedingungen liegen aber 1922 ganz anders als 1852. Jede Revolution hat zwei Seiten, eine politische und eine soziale: die Gewinnung der Staatsmacht durch eine neue Klasse und die Anwendung des eroberten Staatsapparats zur Anpassung der ökonomischen Verhältnisse an die Interessen der siegreichen Klasse, soweit dies durch Eingriffe der staatlichen Gesetzgebung und Verwaltung möglich ist.

Zunächst wollen wir die politische Revolution betrachten.

Jede bürgerliche Revolution ist in ihrem politischen Ausgangspunkt ein Kampf in der Richtung der Demokratie. Ein findet, um eine Bezugnahme auf die Vernunft als Rose einzuleiten. Für Arbeiterleser sei bemerkt, daß der Satz aus einer Erzählung stammt, in der ein Aufschneider prahlte, er habe auf Rhodos einen Niesensprung getan. Da rief ihm ein Zuhörer zu: „Hier zeige, was du kannst! Hier ist Rhodus, hier springe.“

Kampf um Abwehr oder Beseitigung des Absolutismus. Sozial ist sie ein Kampf des dritten Standes gegen die beiden ersten, Kirche und Adel, die, geistig und ökonomisch überwunden, ein Hemmnis weiterer ökonomischer Entwicklung geworden sind. Diese Mächte halten sich aber in dem Zeitpunkt der nahenden Revolution nur noch aufrecht durch die Hilfe des Staates. Das Königtum, das in der Feudalzeit die Spitze des Adels gebildet hatte, gehörte innerlich zu ihm. Doch stand es viele Jahrhunderte lang in stetem Kampfe gegen dessen Disziplinlosigkeit, der gegenüber es meist machtlos war. Und ebenso stand es im Kampfe gegen die Überhebung der Kirche. Nur mit Hilfe der Städte erhielt es die Mittel, die rebellischen Mächte zu beugen. Gleichzeitig wurden diese durch die aufkommende Geldwirtschaft ökonomisch ruiniert und dem Bankrott entgegengeführt. Den Vorteil daraus zogen aber zunächst nicht die bürgerlichen Klassen, sondern das Königtum selbst, das Adel und Kirche in seine gefügigen und wohlbezahlten Werkzeuge verwandelte und neben ihnen vermöge der Geldsteuern ein starkes stehendes Heer und eine starke Bureaucratie bildete, die jede selbständige Organisation im Staate unterdrückten und die feudale Ausbeutung schülften.

Abwerfen dieser Unterdrückung, Freiheit der Organisation und der Rede und Schrift, Beeinflussung der Gesetzgebung durch das Volk, Kontrollierung der Regierung — das waren die dringendsten Erfordernisse, um die feudale wie die bürokratische Ausbeutung und Einengung loszuwerden. Darin stimmten die Interessen aller Klassen und Schichten überein, die am Produktionsprozeß beteiligt waren und denen die Rettung des Staates und der Gesellschaft vor ökonomischem Verkommen am Herzen lag. Sie alle wurden unter dem Begriff des dritten Standes zusammengefaßt, dem nicht nur die Kapitalisten und die Intellektuellen angehörten, sondern auch Bauern, Kleinbürger, Proletarier.

Die bürgerliche Revolution ist also in erster Linie ein Kampf um die Demokratie. Sie beginnt als der Kampf nicht einer Klasse, sondern eines Staates, des dritten Standes, der die verschiedensten Klassen umfaßt.

Die revolutionäre Schicht der bürgerlichen Revolution war in ihrer Mehrheit politisch völlig unwissend und ohne jeg-

lichen Zusammenhang. Alle Mittel der Aufklärung und der Organisation hatte ihr die absolutistische Regierung vorenthalten. Einzige die Regierung verfügte über Organisationen, und diese waren die aufs strengste disziplinierte Bureaucratie wie die Armee. Die letztere überdies allein in den Waffen geübt und ausreichend bewaffnet.

Unter diesen Umständen wurde in normalen Zeiten jedes Aufbegehren gegen die Regierung unmöglich. Nur dann konnte es erfolgreich sein, wenn eine schwere Krise die Regierenden kopflos machte und spaltete, die Armee auflöste oder doch ihre Disziplin erschütterte und die zusammenhanglosen Massen der Bevölkerung zum mindesten in der Hauptstadt auf die Straßen trieb, wo sie plötzlich durch ihre unerwartete Übereinstimmung Mut gewannen und schließlich die Kraft bekamen, die schwankende Regierung zu stützen.

Die bürgerlichen Revolutionen tragen daher stets den Charakter des Unerwarteten, Pöhlischen, Katastrophalen und Elementaren.

Aber auch des Planlosen und Unberechenbaren. Die revolutionäre Masse läßt sich in ihrer politischen Unerfahrenheit und Unwissenheit nicht von klarer Erkenntnis leiten, sondern von Instinkten und Leidenschaften. Das Gerücht muß den Einblick in die Tatsachen ersetzen. Im Augenblick des Sieges neigt sie dazu, ihre Kraft und das Maß des Erreichbaren gewaltig zu überschätzen. Aber da sie über die wirklichen Kraftverhältnisse im Staate nicht unterrichtet ist, klappt sie ebenso leicht zusammen, sobald sie eine Niederlage erleidet. Wie still war das eben noch so wildbewegte Paris nach dem 9. Thermidor 1794, nach dem Sturze Robespierres!

Krapotkin will uns in seiner Geschichte der großen Französischen Revolution glauben machen, damals sei bei der revolutionären Masse größere politische Reifeheit zu finden gewesen als bei den Parlamenten. Diese Beobachtung stimmt nicht ganz. Der wahre Sachverhalt ist folgender.

Die einzige Schicht, die im dritten Stand über tiefere politische Einsicht verfügte, waren die Intellektuellen. Aus ihnen gingen auch die Führer der revolutionären Massen hervor; die große gesetzgeberische, aufbauende Arbeit der Revolution wurde von ihnen geleistet.

Aber die Intelligenz war im achtzehnten Jahrhundert keine Klasse, die nach blutigen Kämpfen begehrt. Ihre Arbeit entwickelt nur die Kräfte des Gehirns, nicht die der Muskeln; sie kämpfen ihre Konflikte mit den Waffen des Witzes, der Argumente, oft auch der Intrigen aus, nicht mit den Fäusten. Im achtzehnten Jahrhundert vom Kriegsdienst befreit, verachteten sie das Waffenhandwerk, schauderten sie vor wildem Mutergehen zurück. Sie zogen friedliche Kompromisse vor, verurteilten die Ermattungsstrategie höher als die Niederwerfungsstrategie. Sehr oft ist auch tatsächlich die erstere eher angezeigt als die letztere. Aber nicht in Zeiten einer bürgerlichen Revolution. Da war die Niederwerfungsstrategie in der Regel eher am Platze.

In der Bereitschaft zur Insurrektion, zum Bürgerkrieg, erwiesen sich die Massen den intellektuellen überlegen, und das hat in mancher Krise der Französischen Revolution rettend gewirkt. Aber man darf doch nicht so weit gehen, daraus die geistige Überlegenheit des Analphabetentums über das Wissen abzuleiten.

Doch nicht bloß durch ihre rücksichtslose Kampfeslust macht sich die Masse in der bürgerlichen Revolution bemerkbar. Wir haben gesehen, daß diese Revolution ein Werk des dritten Standes ist, der verschiedene Klassen umfaßt. Diese wirken zusammen, solange es gilt, das absolute Regime abzuschütteln. Sobald dieses gestürzt ist, ja oft schon sobald es wankt, beginnen die verschiedenen Elemente des dritten Standes die großen Gegensätze, die sie trennen, stärker zu empfinden als den gemeinsamen Gegensatz zur absoluten Regierung und zu den feudalen Mächten. Nicht nur Interessengegensätze trennen sie, sondern auch Gegensätze der Taktik. Denn jede Klasse hat entsprechend ihren besonderen Machtmitteln auch ihre besondere Kampfesweise, die sie bevorzugt.

Die Leitung der bürgerlichen Revolution fällt zunächst denjenigen Schichten zu, die durch ihre Tätigkeit am ehesten in die Lage kommen, die zur Leitung und Neuordnung des Staates nötigen Kenntnisse zu erwerben, den Kapitalisten und den Intellektuellen, die man beide unter dem Namen der Bourgeoisie zusammenfaßt. Die Intellektuellen bilden wohl keine geschlossene Klasse, sind durch ihre soziale Lage be-

stimmt, stets fremde Klasseninteressen zu vertreten. Aber diese Lage befähigt sie auch am ehesten, das für das gesellschaftliche Gesamtinteresse Notwendige zu erkennen. Dieses fiel damals mit dem des industriellen Kapitalismus zusammen. Die Intellektuellen waren daher überwiegend kapitalistisch gesinnt. Jedoch ohne Gegensatz zum Proletariat, das als besondere Klasse damals noch keine Rolle spielte. Die aus der Zertrümmerung des Feudalismus und Absolutismus entspringende Entwicklung der Industrie erschien damals noch gleichbedeutend mit allgemeinem Wohlstand und Glück.

Mit dieser Erwartung gingen alle Elemente des dritten Standes in die Revolution hinein. Doch brachte sie vermehrten Wohlstand nur den Kapitalisten und Bauern, nicht den ärmeren Schichten der Hauptstadt, den kleinen Handwerkern, Händlern, Lumpenproletariern und Lohnarbeitern, welche letztere noch keine selbständige, bestimmte Rolle spielten. Diese ärmeren Schichten waren es gewesen, die durch ihre Kühnheit und rücksichtslose Selbstaufopferung das alte Regime gestürzt hatten. Sie fühlten sich als die Herren der Hauptstadt und damit im damaligen Stadium der Zentralisierung als die Herren der Regierung und des Staates. Und gerade sie sollten im alten Elend weitervegetieren?

Solange sie die Überlegenheit ihrer Kraft fühlten, drängten sie daher danach, die Revolution weiterzutreiben. Ihr Bestreben war ausichtslos, da die ehernen ökonomischen Gesetze den industriellen Kapitalismus so lange unüberstehtlich machten, als die Warenproduktion fortbestand. Sie gerieten immer mehr in Gegensatz zu allen anderen Klassen. Neben den Anhängern des Königtums, der Kirche, der Aristokratie bekamen sie nun auch die Kapitalisten und die Mehrheit der Intellektuellen gegen sich sowie den wohlhabenden Teil des Kleinbürgertums und vielfach auch die Bauern. Als Minderheit gegen eine wachsende Mehrheit mußten die proletarischen und halbproletarischen Massen der Hauptstadt und jene Intellektuellen, die an ihrer Spitze standen und von ihnen gedrängt wurden, immer mehr ihre rücksichtslose Kampfbereitschaft zu einem systematischen Terrorismus steigern, der aber nur mit ganzlichem Zusammenbruch enden konnte. Indes vermag in diesem Stadium noch keine andere Klasse für sich allein und

direkt zu herrschen. Die Diktatur der Terroristen hatte sich eine neue, stark disziplinierte Armee und die Anfänge einer neuen politischen Polizei geschaffen.

Da nach dem Sturze der Diktatur der unteren Klassen keine der höheren Klassen imstande war, sich allein aus eigener Kraft zu behaupten und die verschiedenen gegenständlichen Klassen der nachrevolutionären Gesellschaft sich das Gleichgewicht hielten, fiel eine neue Diktatur dem Herrn der Arme zu.

Ein derartiges bonapartistisches oder cäsaristisches Regime wie in Frankreich bildet als Übergang zur kapitalistischen Klassenherrschaft das Ergebnis der bürgerlichen Revolution.

2. Die proletarische Revolution.

a) Die Demokratie.

Der Ausgangspunkt der bürgerlichen politischen Revolution ist der Kampf um die Demokratie. Je mehr jene Revolution sich durchsetzt und die feudalen und absolutistischen Überreste überwindet, um so vollkommener wird die Demokratie im bürgerlichen Staate werden.

Das ist nicht in jedem bürgerlichen Staate in gleich hohem Maße der Fall. Die bürgerliche Revolution tritt nicht überall auf der gleichen Höhe der Entwicklung ein, und sie ist das Werk nicht bloß einer Klasse, sondern des ganzen dritten Standes, der eine Reihe von Klassen umfaßt. Je nach der Höhe der sozialen Entwicklung zur Zeit der bürgerlichen Revolution und je nach dem Kräfteverhältnis der verschiedenen Klassen innerhalb des dritten Standes, den man dort, wo er nicht als Stand besonders gesondert abgegrenzt ist, als das Volk bezeichnet, gestalten sich Form und Ausdehnung der Demokratie in den verschiedenen Staaten sehr verschieden. Nirgends wird mit einem Schlage die vollkommene Demokratie erreicht, meist ist sie Rückschläger unterworfen. So muß das Werk der Revolution in späteren Bewegungen erneuert und fortgeführt werden. In keinem bürgerlichen Staat können wir sagen, er habe die vollkommene Demokratie erreicht, der Kampf um sie sei abgeschlossen.

Aber bei alledem schafft jede bürgerliche Revolution einen gewissen Grad von Demokratie, und die kapitalistische Entwicklung mit ihrem Verkehrswesen bereitet, wie ich schon in

anderen Schriften des öfteren gezeigt habe, den Boden, der die demokratische Bewegung viel früher unwiderstehlich macht als die proletarische.

In jedem Lande, in dem das Proletariat so weit ist, daß es mit einiger Aussicht auf Erfolg daran denken kann, die politische Gewalt an sich zu reißen und damit die politische proletarische Revolution zu vollziehen, ist bereits ein sehr hohes Ausmaß von Demokratie erreicht. Dies ist ebenso ein Symptom wie eine Vorbedingung der Reife des Staates und des Proletariats für den Sozialismus.

Die Demokratie bildet nicht bloß einen Barometer, der die Höhe der Kraft und der politischen Intelligenz des Proletariats ermessen läßt, sie ist auch für die Entwicklung dieser Kraft ein ebenso unentbehrlicher Nährboden, wie es die kapitalistische Produktionsweise ist.

Es ist klar, daß das Bestehen der Demokratie für die proletarische Revolution Formen schafft, die von denen der bürgerlichen Revolution grundverschieden sind. So sehr auch Marx bereits 1852 erkannte, daß die proletarische Revolution verschieden sein muß von der bürgerlichen, so war er doch noch nicht imstande, diesen Unterschied zu beobachten, denn in keinem größeren Staat Europas hatte damals die Demokratie bereits solche Fortschritte gemacht und sich so festgewurzelt, daß sie den proletarischen Klassenkampf hätte fühlbar in einem ganz neuen Sinne beeinflussen können.

Von einer weitgehenden Demokratie konnte man damals eigentlich nur in den Vereinigten Staaten Amerikas sprechen, einem Kolonialland mit massenhaftem freiem Boden, mit einer enormen Überzahl an Bauern, einer kleinen Minderheit von Industriearbeitern, deren energischsten Elementen nicht ein sozialistisches Ideal, sondern die Gewinnung einer selbständigen Bauernwirtschaft oder der Aufstieg in die Bourgeoisie als Ziel vorjuchzte. In diesem Lande gab es noch keine ausgesprochenen Unterschiede der Klassen. Es gab wohl Demokratie, aber kein Proletariat mit entwickeltstem Klassenbewußtsein, das nach politischer Macht strebte.

Die Schweizer Kantonaldemokratie wieder war höchst kleinlich und ungleichmäßig. In den einen, ökonomisch ganz reaktionären Kantonen gab es eine weitgehende Demokratie als

Überbleibsel aus grauer Vorzeit, aus der Periode der Markgenossenschaft. In den industrielleren, fortschrittlicheren Kantonen wurde die Demokratie gegen die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts eben erst errungen. Sie hatte damals noch so wenig die politischen Sitten beeinflusst, daß gerade die vierziger Jahre die Zeit der Aufstände, der Bürgerkriege in der Schweiz waren, die freilich, den kleinen Verhältnissen entsprechend, meist nur wenige Tage dauerten und mehr Wein kosteten als Blut.

Erst im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts hört die Demokratie auf, in Europa ein vereinzelt lokales Kuriosum zu sein und eine allgemeine, das ganze politische und soziale Leben bestimmende Erscheinung zu werden. Das Wendejahr bildet das Jahr 1867, das in England die Wahlreform brachte, durch die wenigstens die Arbeiteraristokratie das Wahlrecht erhielt. Im gleichen Jahre wurde der Norddeutsche Bund, dieser Vorgänger des Deutschen Reiches, auf Grund des allgemeinen Wahlrechts begründet und erstand in Österreich die liberale Ära des „Bürgerministeriums“, dessen freizeits stolzen bürgerlichen Mitglieder allerdings einen Fürsten, den Karl von Auersperg, als Präsidenten hinnahmen. Und im Jahre 1867 begann auch im napoleonischen Frankreich der „neue Kurs“ mit liberalen Konzessionen, freilich sehr schwächlicher Natur, die den Zusammenbruch des Kaiserreichs und das Kommen der Republik 1870 nicht hinderten.

Erst von den siebziger Jahren an beginnen die Wirkungen der Demokratie auf die Klassenkämpfe fühlbar zu werden, und auch da anfangs noch in wenig ausgiebiger Weise angesichts zahlreicher Rückschläge, namentlich der Reaktion in Frankreich nach dem Pariser Kommuneaufstand, die von 1871 bis 1879 währte, und dem Sozialistengesetz in Deutschland von 1878 bis 1890.

Marx konnte die Formen des politischen Kampfes, die das Wachstum der demokratischen Freiheiten mit sich brachte, nicht mehr beobachten. Um so bemerkenswerter ist es, daß er 1872 im Haag (Holland) erklärte:

„Wir wissen, daß man die Institutionen, die Sitten und das Herkommen der verschiedenen Gegenden (beim Kampf um die politische Macht) berücksichtigen muß, und wir leugnen nicht, daß es

Länder gibt, wie Amerika, England und, wenn ich eure Einrichtungen besser künnte, würde ich vielleicht hinzufügen Holland, wo die Arbeiter auf friedlichem Wege zu ihrem Ziele gelangen können. Doch nicht in allen Ländern ist dies der Fall." (Abgedruckt im Leipziger „Volksstaat“ vom 2. Oktober 1872.)

Zweimal habe ich die Volksherrschaft auf diesen Satz aufmerksam gemacht. Zuerst in meiner Schrift über „Die Diktatur des Proletariats“ (1918, S. 7) und dann in „Terrorismus und Kommunismus“ (1919, S. 101).

Sobiel ich sehe, hat von den Kommunisten, die doch auf Marx schwören, keiner den Versuch gemacht, sich mit diesem Satz auseinanderzusetzen oder auch nur von ihm Notiz zu nehmen.

Später hat Engels die gleiche Frage behandelt in der Kritik, die er an einem Programmentwurf 1891 übt.*

Er sagt dort:

„Man kann sich vorstellen, die alte Gesellschaft könne friedlich in die neue hineinwachsen in Ländern, wo die Volksvertretung alle Macht in sich konzentriert, wo man verfassungsmäßig tun kann,

* Es sei hier eine persönliche Angelegenheit erörtert. In seiner Schrift „Staat und Revolution“ bezieht sich Lenin auf diese Kritik. Er sagt von ihr:

„Die Kritik des Entwurfs zum Erfurter Programm, die Engels am 29. Juni 1891 Rautsky überlieferte und die erst zehn Jahre später in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht wurde“ ufm.

Danach muß jeder Leser meinen, es handle sich hier um eine Kritik meines Entwurfs zum Erfurter Programm, die Engels niederschrieb. Er habe sie mir geschickt, und ich hätte sie zehn Jahre in meinem Schreibtisch liegen lassen und der Öffentlichkeit trotz ihrer Bedeutung vorenthalten. Hat Lenin die Vorbemerkung gelesen, die ich der Veröffentlichung der Engels'schen Kritik vorausgeschickte, dann mußte er wissen, daß diese nicht meinem Entwurf galt, sondern einem, den der damalige Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie ausarbeitete und an Engels zur Begutachtung sandte. Dessen Antwort ging nicht mir, sondern Liebknecht zu und wurde nach seinem Tode in seinem Nachlaß gesunden, worauf ich sie sofort veröffentlichte.

Unabhängig vom Parteivorstand arbeitete ich einen anderen Entwurf aus, der Engels' und Webels Zustimmung fand und dann zur Grundlage des vom Erfurter Parteitag akzeptierten Programms wurde.

was man will, sobald man die Majorität des Volkes hinter sich hat; in demokratischen Republiken, wie Frankreich und Amerika, in Monarchien wie England, wo die bevorstehende Abkämpfung der Dynastie tagtäglich in der Presse besprochen wird und wo diese Dynastie gegen den Volkswillen ohnmächtig ist.

Aber in Deutschland, wo die Regierung fast allmächtig und der Reichstag und andere Vertretungskörper ohne wirkliche Macht, in Deutschland so etwas proklamieren, und noch dazu ohne Not, heißt das Feigenblatt dem Absolutismus abnehmen und sich selbst vor die Blöße binden.“ (Neue Zeit, 20. Jahrgang, 1. Band, S. 10.)

An diesen Ausführungen geht Lenin nicht geradezu vorbei, er zitiert in seiner Schrift über den „Staat und Revolution“ (S. 58) den zweiten hier zitierten Satz wörtlich, den vorhergehenden gibt er in zwei Zeilen wieder: In Ländern mit weitgehender Freiheit könne man sich nach Engels eine friedliche Entwicklung vorstellen. Er glaubt diesem unbequemen Satz seine Kraft zu nehmen, wenn er dazu die beiden Wörtchen bemerkt: „h o ß v o r s t e l l e n“. Damit erscheint ihm der Gedanke erledigt.

Es ist klar, daß wir unter dem Einfluß der Demokratie vor allem dahin kommen, daß die Massen sich organisieren zu bestimmten politischen oder ökonomischen Zwecken. Daß sie in diesen Organisationen in ständiger Fühlung miteinander bleiben, Erfahrungen sammeln, ihre begabtesten und erprobtesten Kameraden zu ihren Führern machen.

Die Kämpfe der Massen in der bürgerlichen Revolution werden ausgefochten von der „Straße“, von Bevölkerungs-schichten ohne Zusammenhang, die irgendein plötzlicher Anstoß aus ihren Wohnungen und Werkstätten herausreibt und zusammenführt zu erregtem, gemeinsem Handeln, ohne Vorbereitung, ohne Plan, unter Führern, die der Augenblick ihnen gibt, geleitet hauptsächlich von Instinkten und Bedürfnissen, ohne Erfahrung und ohne anderes politisches Wissen als Gerüchte und Illusionen.

Die Kämpfe der proletarischen politischen Revolution zur Gewinnung der politischen Macht durch das Proletariat werden ausgefochten von großen Organisationen, die seit Jahrzehnten bestehen, mit reichen Erfahrungen, ausgiebiger Schulung, wohlüberlegten Programmen und ebenso bekannten wie erprobten Führern.

Die Führer der bürgerlichen Revolution waren durch die Bank Neulinge, die plötzlich aufkamen, von denen die Welt vorher nichts wußte. Es scheint so, als besäße diese Revolution schöpferische Kraft, so viele politische Genies erzeugt sie aus ihrem Schoße, die freilich fast alle ebenso kurzlebig wie glänzend sind, bloße Kometen am politischen Himmel.

Die proletarische Revolution dagegen, die jetzt begonnen hat, brachte kein neues Genie hervor, nicht deshalb, weil es den neu emporgekommenen Volksmächten an Begabungen fehlt, sondern weil die Begabungen, über die sie verfügt, bereits vor der Revolution Gelegenheit hatten, zu zeigen, was sie können, um zu Führern ihrer Klassenbewegung zu werden.

Selbst die jetzige russische Revolution, die in so hohem Grade noch alle Charakterzüge einer bürgerlichen Revolution an sich trägt, fand in der allgemeinen demokratischen Atmosphäre Europas, die ihr vorherging, so viele Gelegenheiten, ihre Führertalente wenigstens in der Emigration zu entwickeln, daß auch sie keinen einzigen neuen Führer von Bedeutung hergebracht hat. Ihre Marats und Robespierres, Dantons und Carnots usw. waren alle schon lange vor der Revolution anerkannte Parteigrößen, die Lenin und Trozki, Radef und Sinowjew usw. Und noch weniger als neue Führer bringt die proletarische Revolution neue Parteien hervor. Die bürgerliche dagegen schafft überhaupt erst den Boden, auf dem sich politische Parteien bilden können. Die Parteien, die in ihr wirkend auftreten, sind alle ihre Schöpfungen.

In der jetzigen Revolution könnte man höchstens die Kommunistische Partei als Neubild betrachten. Aber als Organisation bildet sie nur eine Verlängerung und Ausdehnung der schon vor dem Kriege bestehenden bolschewistischen Partei. Neu ist allerdings ihr Programm. Es möchte sich wohl als Vollendung und konsequenteste Durchführung des alten Marxismus ausgeben, ist aber in allem, was es von dem Programm der Sozialdemokratie unterscheidet, völlig ein Kind der russischen Revolution. Diese trägt, wie wir schon bemerkt, noch in hohem Grade den Charakter einer bürgerlichen Revolution, die aus mangelnder Demokratie hervorgeht.

Aus der russischen Revolution geboren, wird die Kommunistische Partei mit ihr aufhören, auf das Proletariat zu wir-

ken. In einer wirklichen proletarischen Revolution, die dort einsetzt, wo das Proletariat als Klasse die politische Macht erobert hat, wird die kommunistische Partei, die eine bloße Sekte bildet, keine Rolle mehr spielen. Den Sieg wird die Sozialdemokratische Partei erringen, deren Rahmen weit genug ist, das ganze klassenbewußte Proletariat zu umfassen. Ihr wird die Aufgabe zufallen, die politische Macht, die sie gewinnt, zur sozialistischen Umgestaltung auszunutzen.

Dieser Sieg selbst wird, da er auf der Grundlage der Demokratie erscholten wird, nicht überraschend kommen. Auch darin unterscheidet sich die proletarische Revolution von der bürgerlichen. Im feudal absolutistischen Staat ist jedes offene politische Leben unmöglich — fast so sehr wie im heutigen Rußland. Die Bevölkerung weiß da nichts Bestimmtes über die Regierung, nichts über deren Machtmittel, Finanzen usw., nichts über die verschiedenen höfischen Strömungen, von denen die Regierung abhängt. Ebenso wenig weiß die Regierung etwas über die Strömungen, die das Denken der Bevölkerung beherrschen, noch über deren Kraft und Entschlossenheit.

So kommt die Revolution in diesem Stadium stets als Überraschung, als ein Elementarereignis, das aller Berechnungen spottet. Und nur dadurch kann der Aufbruch siegen, daß er durch die Plötzlichkeit seines Hereinbrechens die regierenden Gewalten kopflos macht, ihre Verwirrung und Galtlosigkeit vor aller Welt an den Tag bringt, ihre Verteidiger lähmt, ihre Gegner ermutigt und so den entscheidenden Zusammenstoß in einer blutigen Niederlage für sie enden läßt.

Die Unmöglichkeit für den Absolutismus, klar zu sehen, bewirkt auch, daß seine Konfessionen, die, rechtzeitig gemacht, die Bevölkerung für einige Zeit befriedigen würden, stets zu spät kommen, wenn er sich überhaupt zu solchen versteht, daß er daher stets in einem völligen Zusammenbruch, in einer furchtbaren Katastrophe endet, die um so blutiger wird, da das einzige entscheidende Machtmittel des Absolutismus in der inneren Politik ebenso wie in der äußeren allein in der Macht der Waffen, in seiner Seeresmacht besteht. Gegen Demokraten helfen nur Soldaten, liebt noch Wilhelm, der erste Kaiser des Deutschen Reiches, zu sagen. Und Wilhelm, sein

letzter Kaiser, dachte noch ebenso. Beide steckten noch tief im absolutistischen Denken drin.

Ganz anders die Demokratie. Eine einigermaßen entwickelte Demokratie mit allgemeinem Wahlrecht läßt jegliche Wandlung im Denken und Fühlen der Massen und in ihren Kräfteverhältnissen deutlich erkennen. Diese Klarheit hält die aufsteigenden Klassen von manchem verfrühten Vorstoß ab, dem ihre Kraft nicht gewachsen wäre. Die gleiche Klarheit veranlaßt da eine herrschende Klasse, manche Position freiwillig zu räumen, deren Unhaltbarkeit sie erkannt hat und deren hartnäckige Behauptung sie in eine Niederlage verstricken würde, die zu ihrem Zusammenbruch führen müßte. An Stelle der Kämpfe von Aufständischen mit Regierungstruppen treten die Kämpfe der Parteien um die Gewinnung von Anhängern durch die Presse und Versammlungen; die Kämpfe der Parteien um die Mehrheit bei den Wahlen zu den Volksvertretungen und bei den Abstimmungen in den Volksvertretungen.

Große Überraschungen sind dabei in der Regel ausgeschlossen — es treten ja nur Parteien auf den Kampfplatz, die der Bevölkerung seit langem bekannt sind, und die Bevölkerung selbst ist politisch geschult und weiß, was sie von jeder Partei zu halten hat.

Allerdings, völlig kann auch die Demokratie nicht politische Überraschungen ausschließen. Denn das Leben wiederholt sich nicht immer in gleicher Weise, plötzlich können, namentlich in der äußeren Politik, Situationen eintreten, die ganz neuartig sind und die Bevölkerung verwirren, so daß ihre Entscheidung sich nicht voraussehen läßt. Und dann bleibt auch in der besten Demokratie ein Teil der Bevölkerung in Verhältnissen, die ihn verhindern, am politischen Leben regelmäßig teilzunehmen. Dieser Teil wird nur bei großen Gelegenheiten so weit aufgeweckt, daß er in die politischen Entscheidungen eingreift. Er tut dies dann ohne Wissen, ohne Überlegung, rein gefühls- oder instinktmäßig. Gerade dieser Teil kann, wenn die miteinander streitenden Parteien ungefähr gleich stark sind, das Ringlein an der Wage bilden und das Geschick der Nation entscheiden.

Das wirkt mitunter recht verhängnisvoll, doch darf man dies Moment auch nicht übertreiben. In der Demokratie wird

eine starke Partei, die in den Verhältnissen tief begründet ist, nie vernichtend geschlagen. Gewinnt sie auch im Moment nicht die Mehrheit, so liegt darin für sie bloß eine Aufforderung, die rückständigen Elemente, die sich gegen sie entschieden hatten, besser aufzuklären und zu schulen, um den nächsten Ansturm mit vermehrter Kraft und besserem Erfolg zu wagen.

Gilt das alles für die Demokratie im allgemeinen, so gilt das auch für die politische Revolution des Proletariats, die sich unter den Bedingungen der Demokratie vollzieht. Die Demokratie ermöglicht es, daß diese Revolution eine friedliche ist, ohne Blutvergießen, ohne Gewalttat; die Demokratie wirkt auch darauf hin, daß die Revolution weit weniger überraschend kommt und weniger neue Kämpfer und neue Programme hervorruft, als es bei der bürgerlichen der Fall war. Die proletarische Revolution ist daher sicherlich weniger dramatisch, bietet dem nach neuen Sensationen lüfternden Literaten weniger Interesse und Befriedigung, sie ist trockener und weniger überschwänglich als die bürgerliche. Wenn die jetzige russische Revolution so reich an dramatischen Wendungen und unerhörten Sensationen ist, so beweist sie auch damit wieder, daß sie ihrem wirklichen Inhalt, wenn auch nicht den Absichten der in ihr führend auftretenden Faktoren nach eine bürgerliche Revolution ist.

Nun wird gegen den friedlichen Charakter der proletarischen Revolution die Tatsache ins Feld geführt, daß keine herrschende Klasse auf ihre Machtstellung freiwillig verzichtet. Das ist ohne Zweifel vollkommen richtig. Es wäre sehr töricht, etwa annehmen zu wollen, man könne eine herrschende Klasse durch Zureden veranlassen, das Feld freiwillig zu räumen, oder die Kapitalistenklasse werde einmal bei fortschreitender Zivilisation derart von sozialem Geist durchtränkt sein, daß sie alle ihre Herrschaftstellungen kampflos an das Proletariat abtritt.

Wenn auf den 4. August 1789 hingewiesen wird, an dem die Adligen der französischen Nationalversammlung mit Begeisterung auf ihre Feudalrechte verzichteten, so geschah das formell freiwillig, tatsächlich aber unter dem Druck eines furchtbaren Bauernaufstandes, der den Adligen drohte, ihren ganzen Besitz zu nehmen oder zu zerstören, wenn es nicht gelang, die Bauern durch den Verzicht auf die Feudalrechte zu beruhigen.

Das Proletariat wird sicher nicht die politische Gewalt gewinnen, wenn es nicht vorher schon eine starke, eine überwältigende Macht darstellt. Die Bedeutung der Demokratie besteht darin, daß sie die Größe dieser Macht deutlich zutage bringt, ohne daß dazu ein Meßsen bewaffneter Kräfte erforderlich ist.

Ob der Stimmzettel eine Macht ist oder nicht, hängt von der Art derjenigen Menschen ab, die ihn abgeben. Wenn die Stimmenden Lumpenproletarier sind, die nur von den Gnaden der Reichen leben, ohne diese verhungern; oder Lohnarbeiter, die noch in der Lumpenproletarischen Gesinnung drinstecken und im Kapitalisten den „Brotherrn“ sehen, dem sie ihre Existenz verdanken: solche Proletarier werden durch ihre Stimmzettel sicher nicht die politische Macht erobern. Sie werden, soweit sie den Stimmzettel überhaupt benutzen, eher geneigt sein, die politische Macht, die er repräsentiert, an den Meißbietenden zu verkaufen.

Anders Proletarier in einer Gesellschaft, die von ihnen lebt, die ohne sie zugrunde geht; wenn dort die Proletarier die Mehrheit bilden und sich ihrer Bedeutung in der Gesellschaft bewußt sind, dann bedeutet ihre Abgabe von Stimmzetteln für eine sozialistische Partei, daß sie ihre Kraft erkannt haben und sich anschicken, von ihr Gebrauch zu machen.

Natürlich bedeutet der Stimmzettel eine Macht nur innerhalb der Demokratie. Es wäre abgeschmackt, auch den Kampf um die Demokratie selbst mit den Mitteln der Demokratie führen zu wollen. Mit friedlichen Mitteln ist die Demokratie weder einem Gewaltregime abzurufen noch gegen ein solches zu verteidigen. Das wurde vielfach übersehen.

In den Großstaaten des europäischen Festlandes ragte bis vor kurzem in das bishigen Demokratie, das erobert worden war, überall noch ein starkes Stück absolutistischer Gewalt hinein: sie alle waren starke zentralisierte Militärstaaten, meist noch Militärmonarchien. Aber auch die französische Republik hat noch so viele Überbleibsel aus der Kaiserzeit bewahrt, daß man sie häufig das Kaiserreich ohne Kaiser nannte.

Hier galt es erst die volle Demokratie zu erobern. Wie anders aber hätte die Militärmonarchie überwunden werden können als durch gewaltsamen Umsturz der Verfassung? Ihr gegenüber reichte der bloße Stimmzettel nicht aus.

Trotzdem gab es viele unserer Genossen, die aus den politischen Fortschritten, die unsere Partei durch das allgemeine Wahlrecht trotz der Militärmonarchie machte, die Hoffnung schöpften, es werde dem Proletariat gelingen, auf gutlichem Weg unter der Monarchie die politische Macht zu erringen, das heißt, es werde in diese so unmerklich hineinwachsen, daß die Militärmonarchie es selbst nicht merkte, wie sie eine ihrer Positionen nach der anderen verlor.

Begründet wurde diese Auffassung mit der Theorie der sich mildernenden Klassengegenstände, von deren Irrigkeit wir schon gehandelt haben.

Es gab sogar Sozialisten, die wähnten, es sei möglich, die Monarchie selbst für den Sozialismus zu interessieren, wenn dieser sich als Mittel präsentierte, ihre Eroberungsgelüste, namentlich in der Kolonialpolitik, zu befriedigen: Kanonen gegen Volksrechte.

Diese Auffassung, die glaubte, um den gewaltsamen Umsturz der Militärmonarchie, um die Revolution in diesem Sinne durch allmähliche Reformen heranzukommen, wurde als die reformistische der revolutionären entgegengesetzt. Um sie drehten sich unsere heißesten Parteikämpfe in den zwei letzten Jahrzehnten vor dem Kriege. Sie sind gegenstandslos geworden dadurch, daß die Revolution wirklich kam, die durch die Reformen hätte vermieden werden sollen.

Insofern behielten wir Revolutionäre recht. Aber dabei kam es doch auch anders, als wir selbst es erwartet hatten.

Die ganze bürgerliche Welt hatte sich mit der Militärmonarchie abgefunden, das Proletariat allein kämpfte für die demokratische Republik. Wir waren daher der Überzeugung, diese könne erst dann errungen werden, wenn das Proletariat stark genug sei, allein mit der Gesamtheit der bestehenden Klassen fertig zu werden. Das heißt, die Erringung der Republik werde bei uns zusammenfallen mit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, die demokratische deutsche Republik werde von vornherein eine sozialdemokratische Republik sein.

So wäre es wohl auch gekommen, wenn wir sie bloß durch Überwindung der Monarchie von innen gewonnen hätten. Der Zeitpunkt dafür brauchte nicht in grauer Ferne zu liegen. Je

mehr das allgemeine Wahlrecht die wachsende Macht der Sozialdemokratie verfländete, je näher diese davor stand, im Reichstag die Mehrheit zu gewinnen, desto rascher nahte auch der entscheidende Konflikt mit der Monarchie.

Aber ehe es so weit war, entseffelte die Monarchie jenen sinnlosen Krieg, der zu ihrem militärischen Zusammenbruch führte. Zu dieser Zeit war das Proletariat in Deutschland schon so stark, daß aus dem militärischen Zusammenbruch gegen den äußeren Feind auch der politische im Reiche von selbst folgte. Aber noch war das Proletariat nicht stark genug, um die Macht, die ihm durch die Katastrophe ohne weiteres zufließt, behaupten zu können. Es war um so weniger dazu imstande, als der Krieg es geschwächt, einige seiner Teile demoralisiert und gerade seine revolutionärsten Schichten entzweit hatte, so daß sie, statt den bürgerlichen Gegner eine einzige Front entgegenzustellen, sich in wütendem Bruderkampf zerfleischten.

So gelang es, nicht viel mehr zu gewinnen als die Beseitigung der Militärmonarchie und die Einführung einiger Sozialreformen, vor allem des Achtstundentags.

Nun scheint der alte Gegensatz von Revolutionären und Reformisten wieder aufzutauhen. Aber in Wirklichkeit ist dieser Gegensatz jetzt, nach der Revolution, nur noch ein „unnützes Erinnern“ zu „vergeblichem Streit“.

Die Reichsverfassung, die aus der Revolution hervorging, bietet trotz ihrer Mängel genügende Möglichkeiten für das sozialistische Proletariat, auf friedlichem Wege die politische Macht zu gewinnen.

Diese Verfassung ist noch nicht so gesichert, daß nicht vielleicht noch einmal das Proletariat zur Gewalt greifen muß, um sie zu verteidigen. Es hat aber nicht die mindeste Ursache, sie gewaltfam umstürzen zu wollen.

Wer heute noch in Deutschland von einem gewaltfamen Umsturz und einer Erneuerung der Revolution in diesem Sinne spricht, auch wenn er für den Moment Putzke ablehnt, erinnert an einen Mann, der, weil er mit vollem Recht um 3 Uhr morgens den kommenden Sonnenaufgang verkündete, nun glaubt, er sei es seinen Prinzipien schuldig, auch mittags noch den kommenden Sonnenaufgang zu verkünden.

Diese Revolutionäre von heute verkleinern selbst ihr Werk von gestern. Sie merken nicht, welch gewaltigen Umwälzung die Revolution von gestern, die von 1918, mit sich gebracht, und daß sie die Grundlagen für den Kampf um die Macht völlig verschoben hat.

Nicht mehr gewaltfamer Umsturz der Verfassung, sondern ausgiebige Ausnutzung der demokratischen Rechte, die sie bringt, ist jetzt unsere Aufgabe. Nicht mehr der Umsturz, sondern die proletarische Einigung führt heute das Proletariat in Deutschland zur Macht. Die Hervorhebung des Gegensatzes von Revolutionären und Reformisten, die der Einigung den Weg versperrt, ist nur noch ein Hindernis für die Gewinnung der Herrschaft des Proletariats, für die soziale Revolution, für die Erziehung des Kapitalismus durch den Sozialismus, die wir Sozialisten alle anstreben, wie immer man uns bezeichnen mag.

b) Das Weitertreiben der Revolution.

Die proletarische Revolution geht also auf der Grundlage der Demokratie vor sich, während die bürgerliche ausgeht von dem Kampf um die Demokratie. Diese Verschiedenheit zieht noch eine weitere nach sich.

Wir haben gesehen, daß die bürgerliche Revolution als eine Erhebung verschiedenartiger Klassen gegen den Absolutismus beginnt. Ist dieser gestürzt, dann werden die freigesetzten Volksschichten sich erst ihrer Klasseninteressen und Klassengegensätze vollständig bewußt und beginnen nun Kämpfe untereinander, mit den gewaltfamen Methoden, die der bürgerlichen Revolution eigen sind und die diese immer weiter treiben, immer extremere Klassen und Parteien an die Staatsmacht bringen.

In ihrer bemerkenswerten Schrift über „Die russische Revolution“ erklärt Rosa Luxemburg die Notwendigkeit, „sehr rasch und entschlossen vorwärts zu stürmen, mit eiserner Hand alle Hindernisse niederzuwerfen und ihre Ziele immer weiter zu stecken“, für das „Lebensgesetz“ und „die Grundlehre“ jeder großen Revolution“ (S. 77, 78).

In Wirklichkeit ist dieser Prozeß nur das Lebensgesetz jeder großen bürgerlichen Revolution.

Die proletarische vollzieht sich unter ganz anderen Bedingungen. Da ihr eine längere Zeit mehr oder weniger vollkommenere demokratischer Praxis voraus geht, vollzieht sie sich nach voller Ausbildung und klarer Erkenntnis der Klassen-gegensätze, die früher durch den Absolutismus verschleiert wurden. Die Demokratie setzt wohl in den politischen Kämpfen friedlichere Methoden an Stelle der gewalttätigen früherer Zeiten, aber man darf das nicht für eine Milderung der Klassen-gegensätze ansehen. Die Klassen sind ökonomische, nicht politische Kategorien, ihre Interessen und ihre Gegensätze und ebenso deren Milderung oder Verschärfung hängt von ökonomischen, nicht politischen Bedingungen ab. Je größer aber die Möglichkeit freier Betätigung der verschiedenen Richtungen des Volkes, desto klarer werden sich die einzelnen Klassen über ihre Interessen und Gegensätze. Wo diese sich aus ökonomischen Gründen verschärfen, tritt das in der Demokratie rasch und unverkennbar zutage. Die proletarische Revolution kann daher nicht, wie die bürgerliche, ausgehen von Illusionen verschiedener gegenwärtiger Klassen über ihre gemeinsamen Interessen. Die proletarische Revolution findet keine derartigen Illusionen vor, die in ihrem Verlauf zerstört werden, um Klassenkämpfen innerhalb der Reihen der Revolutionäre Platz zu machen. Die proletarische Revolution ist das Ergebnis von Jahrzehnten erbitterter Klassenkämpfe, in denen das Massenbewusstsein hüben wie drüben aufs schärfste entwickelt ist. Sie wird herbeigeführt durch die Übermacht einer einzigen Klasse, des Proletariats, hinter der keine andere Klasse mehr steht, die durch die neuen Machthaber unterdrückt und ausgebeutet würde. Die proletarische Klasse hat sich in ihrer politischen Organisation, der Sozialdemokratie, bereits lange vor dem Siege ihre Ziele aufs weiteste gesteckt. Keine Klasse oder Partei kann mehr hinter ihr auftreten, die der Revolution weitere Ziele stecken würde.

Trotzdem ist es möglich, daß der Anschein einer solchen, die Revolution weitertreibenden Macht erzeugt wird.

Das Proletariat ist ja in seinem Wesen nicht ganz einheitlich. Wir haben bereits gesehen, daß es in zwei Schichten zerfällt: die einen sind durch besondere ökonomische Verhältnisse oder durch die Gesetzgebung so begünstigt, daß sie stark. Or-

ganisationen bilden und durch sie ihre Interessen ausgiebig wahrnehmen können: sie bilden den aufsteigenden Teil des Proletariats, seine „Aristokratie“, die den herabdrückenden Tendenzen des Kapitalismus erfolgreich Widerstand zu leisten weiß, mitunter so sehr, daß der Kampf gegen den Kapitalismus für sie nicht mehr ein Kampf gegen das Elend, sondern ein Kampf um die Macht ist.

Neben diesen wohldisziplinierten, geschulten, kampffähigen Truppen steht aber das große Heer derjenigen, die unter so ungünstige Verhältnisse verlegt sind, daß sie noch nicht vermochten, sich zu organisieren und die niederdrückenden Tendenzen des Kapitalismus zu überwinden. Sie bleiben im Elend und versinken vielfach immer tiefer in seinen Sumpf.

Die proletarische Revolution rüttelt auch diese Schichten auf, verleiht ihnen Mut und Kampffähigkeit. Und sie, die bisher apathisch dahinvegetierten, werden jetzt zu denjenigen, die stürmisch vorwärtsdrängen. Für sie ist der Klassenkampf ein Kampf gegen das Elend. Der vom Elend Bedrängte kann aber nicht warten, er braucht aufs dringendste sofortige Hilfe. Er fügte sich, solange er sich ohnmächtig fühlte. Ist er im Besitz der Macht, dann will er sofort allem Leid, aller Unterdrückung ein Ende machen. Unwissend, ohne Ahnung der ökonomischen ewigen Gesetze, glaubt er mit Gewalt alles durchsetzen zu können. Dank seiner Unwissenheit und Unersahrenheit wird er in seinem heißen Drange nach Wohlfahrt und Freiheit eine leichte Beute aller Demagogen, die aus Berechnung oder Leichtfertigkeit ihm die glänzendsten Versprechungen vorkauften und zum Kampfe gegen die geschulten, altorganisierten Elemente führen, die gewohnt sind, sicher zu gehen und sich in jedem Moment nur solche Aufgaben zu stellen, zu deren Lösung ihre Fähigkeiten und Kräfte ausreichen, und die bereits über genügende Erfahrungen verfügen, um zu wissen, daß die Probleme, um die es sich handelt, nicht so einfacher Natur sind, wie sie dem Fernstehenden erscheinen.

Dieser Gegensatz innerhalb des Proletariats wird noch verstärkt durch das Wirken des Marxismus. Zur Zeit der bürgerlichen Revolution gab es wohl bereits eine Wissenschaft der politischen Ökonomie. Aber noch galt die Warenproduktion als die natürliche Form jeglicher Produktion, ihre Gesetze als

Naturgesetze jeder Art Wirtschaft, und noch hatte man nicht erkannt, wie sehr alle politischen und sozialen Ideen und Einrichtungen ökonomisch bedingt sind.

Ökonomische Kenntnisse waren dabei nur in der Bourgeoisie zu finden. Häufig wird dieses Wort als gleichbedeutend mit der Kapitalistenklasse gebraucht. Das ist aber falsch. Der Bourgeois, zu deutsch Bürger, bedeutet den Stadtbürger, verschieden vom Citoyen, dem Staatsbürger. Man versteht unter der Bourgeoisie den ganzen gebildeten und bemittelten Teil der Stadtbewölkerung, im Gegensatz zur gesamten Landbevölkerung, Großgrundbesitz wie Bauernschaft, und zu dem ärmeren Teil der städtischen Bevölkerung. Die Bourgeoisie bildet keine Klasse im ökonomischen Sinne, sie ist, wie der „dritte Stand“, ein Sammelname, der verschiedene Elemente umfaßt, neben den Kapitalisten auch Intellektuelle, also auch viele Schichten, die nicht von der Ausbeutung fremder Arbeit, sondern bloß von eigener Arbeit leben, oft sogar ausgebeutet sind. Die Intellektuellen sind unter den Bourgeois vielleicht zahlreicher als die Kapitalisten.

In der Bourgeoisie fand sich zur Zeit der bürgerlichen Revolution bereits einiges Verständnis für die Gesetze der politischen Ökonomie. Nicht aber bei den ärmeren Kleinbürgern und Proletariern sowie bei den Bauern. Vor allem die Proletarier waren nicht nur nicht in der Lage, ökonomisches Wissen zu erlangen, sie wehrten sich auch instinktmäßig dagegen, die Gesetze der Ökonomie anzuerkennen, weil diese die Naturnotwendigkeit ihres Elends lehrten. Die Kämpfe dieser Schichten gegen die Bourgeoisie während der Revolution waren gleichzeitig auch Kämpfe der Unwissenheit gegen ökonomische Einsicht.

Ganz anders steht es heute. Marx und Engels haben erkannt, daß die Gesetze der politischen Ökonomie die Kraft von Naturgesetzen nur unter bestimmten historischen Bedingungen haben, Bedingungen, die sich mit gleicher Naturgesetzlichkeit ändern. Sie erkannten nicht nur die Bewegungsgesetze der bestehenden Produktionsweise gründlicher als irgend jemand von ihnen, sondern auch ihre Entwicklungsgesetze. Wenn die ersteren die Notwendigkeit der Ausbeutung und des Elends unter den bisherigen Verhält-

nissen erkennen lassen, so zeigen die letzteren die Notwendigkeit der Überwindung der Ausbeutung und des Sieges des Proletariats. Dies näher auszuführen, ist hier überflüssig. Das ganze Erfurter Programm, das wir im vorhergehenden behandelt, ist auf diesen Gedankengang aufgebaut.

In dem gleichen Zeitraum, in dem die begünstigten Teile des Proletariats sich aus ihrer Degradation erheben und in die Lage kommen, immer mehr Wissen aufzunehmen, ersteht also auch die Lehre, die den Sieg des Proletariats verbürgt und es ihm zur Pflicht macht, die Gesetze und die Ursachen des ökonomischen Lebens so gründlich zu studieren, als seine Lage möglich macht.

Diese Marxsche Lehre hat aber zwei Seiten. Auf der einen Seite zeigt sie die Gewißheit des proletarischen Sieges. Diese Seite hervorzuheben, ist besonders wichtig vor dem Siege, um so mehr, je schwächer das Proletariat, je niederdrückender die Verhältnisse sind, unter denen es lebt. Da ist es unerlässlich, den gegen eine Übermacht kämpfenden Proletariern Mut zu machen, indem man sie darauf hinweist, daß die Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise selbst für sie arbeiten und ihnen die schließlich Übermacht in der Gesellschaft sichern.

Ganz anders aber gestaltet sich die Aufgabe der geschulten Marxisten nach dem Siege. Nun ersteht die große Frage, wie der Sieg zu benutzen. Und da obliegt es uns Marxisten, die andere Seite des Marxismus mit aller Macht in den Vordergrund zu stellen. Dieser lehrt die Bedingtheit aller politischen und sozialen Ideen und Einrichtungen durch die ökonomischen Gesetze, die nicht nach Belieben zu ändern sind. Sie lehrt, daß der Sozialismus unvermeidlich, naturgemäß kommen muß auf einer gewissen Höhe der kapitalistischen Entwicklung. Aber damit ist unauflöslich verbunden die andere Erkenntnis, daß der Sozialismus unmöglich ist in einem früheren Stadium der Entwicklung. Daß, um ein sehr bekanntes, aber trotzdem viel zu wenig beachtetes Wort aus der Vorrede zum Marxschen „Kapital“ nochmals zu zitieren,

„eine Gesellschaft, auch wenn sie dem Naturgesetz ihrer Entwicklung auf die Spur gekommen ist, ... sie naturgemäße Entwid-

lungssphären weder überspringen noch wegdekretieren kann. Aber sie kann die Geburtswehen abfürzen und mildern."

Ofter als dieser Satz wird in den jetzigen revolutionären Zeiten ein anderer aus dem „Kapital“ zitiert, der auch das Bild der Geburt gebraucht:

„Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht."

Die das gern zitieren, vergessen meist, daß unmittelbar vorher als diese Gewalt nicht etwa die der Fäuste oder Bajonetts — Maschinengewehre gab es damals noch nicht — bezeichnet wird, sondern „die Staatsmacht, die konzentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft", und daß andererseits Marx in dem früher zitierten Satz ausdrücklich davor warnt, naturgemäße Entwicklungsphasen überspringen zu wollen.

Ein Geburtshelfer, der aus Ungeduld Gewaltmittel anwendet, um eine schwangere Frau statt im neunten schon im fünften Monat zum Gebären zu bringen, wird allerdings den Triumph haben, die Schwangerschaft erheblich abzukürzen, aber die Frucht, die seine Gewalt zutage fördert, wird nach einigen Zuckungen alsbald alle Lebensfunktionen einstellen, und die Mutter selbst wird von Glück sagen können, wenn sie nicht langes Siechtum oder gar den Tod davonträgt.

Eine derartige Geburtshelferei wird augenblicklich von einigen Ärzten, die behaupten, durch die Marxsche Schule gegangen zu sein, an dem armen Mitterchen Rußland verübt. Die Herren Heilkundigen haben mit den vollen Tönen, die der Scharlatanerie und Quackalberei eigen sind, verkündet, ihre Gewaltanwendung sei das probate Mittel, „die Geburtswehen des Sozialismus abzukürzen und zu mildern".

Wo und wann immer das Proletariat die politische Macht erobert, haben wir Marxisten vor allem die Aufgabe, festzustellen, in welcher „naturgemäßen Entwicklungsphase" der Gesellschaft diese Eroberung vor sich geht, und die Art der Ausnutzung des Sieges ihr anzupassen, vor allen verfrühten Mitteln zu warnen, wenn diese, so erwünscht sie für das Proletariat auch sein mögen, unter den gegebenen Bedingungen zu einem Mißerfolg und damit zu einem Rückschlag führen müssen.

Wir sind durchaus nicht der Meinung der Genossin Luxemburg, die sich dahin ausspricht, die Sozialisten hätten in der Revolution stets die Aufgabe, vorwärtszutreiben, wie es die Volkshewissen taten:

„Die Grundlehre jeder großen Revolution, deren Lebensgeheiß lautet: Entweder muß sie sehr rasch und entschlossen vorwärtstücken, mit eiserner Hand alle Hindernisse niederwerfen und ihre Ziele immer weiter stecken, oder sie wird sehr bald hinter ihren schwächeren Ausgangspunkt zurückgeworfen und von der Konterrevolution unterdrückt." (Die russische Revolution, 1922, S. 77, 78.) „Das Proletariat kann, wenn es die Macht ergreift, nimmermehr nach dem guten Räte Kautskys unter dem Vorwand der „Unreife des Landes" auf die sozialistische Umwälzung verzichten, ohne an sich selbst, an der Internationale, an der Revolution Verrat zu üben. Es soll und muß sofort sozialistische Maßnahmen in energischster, unnachgiebigster, rücksichtslosester Weise in Angriff nehmen." (V. a. D., S. 115.)

Die Genossin Rosa Luxemburg erlebte leider nicht mehr die Sowjetrepublik in Zerkistan, sonst hätte sie sich die Frage vorlegen müssen, ob auch dort die sozialistische Umwälzung sofort vor sich gehen müsse, wolle man nicht an unseren heiligsten Gütern Verrat üben.

Heute sind wir in der Lage, die Dinge etwas nüchterner zu betrachten, als dies im Jahre 1918 möglich war, als die Genossin Luxemburg die obigen Zeilen schrieb. Heute sehen wir auch an dem Beispiel der trostlosen Verhältnisse Rußlands, was dabei herauskommt, wenn man ohne jede Rücksicht auf die gegebene Entwicklungsphase „sofort sozialistische Maßregeln in energischster, unnachgiebigster, rücksichtslosester Weise in Angriff nimmt".

Wo das Proletariat die Macht erobert, brauchen wir wirklich nicht darum besorgt zu sein, daß es in energischster, unnachgiebigster, rücksichtslosester Weise nach sozialistischen Maßregeln drängt. Dazu bedarf man gerade keiner geschulten Marxisten. Die Gefahr liegt da nicht darin, daß zu wenig revolutionärer Drang entfaltet wird, sondern daß er sich in ungewaltmäßer Weise entläßt, in Maßnahmen, die das Gegenteil dessen erreichen, was sie erreichen wollen.

Nicht zur Rücksichtslosigkeit und zu raschestem Vorwärtstücken haben wir da aufzufordern, sondern zur Selbstbesin-

nung und zu jener Beschränkung, die dem Meister zient, zur Beschränkung nicht aus Furcht oder Schwächlichkeit, sondern aus klarer Erkenntnis dessen, was im gegebenen Moment möglich oder zweckmäßig ist. Das bedeutet keineswegs den Verzicht auf die sozialistische Umwälzung, den ich natürlich auch nie gefordert habe, sondern nur den Verzicht darauf, sie in unzumutbarer Weise oder unter Umständen, wo sie unmöglich ist und nur mit elendem Zusammenbruch enden kann, in Angriff zu nehmen. Die Frage ist nun die, ob das Proletariat, wenn es zur Macht kommt, geneigt sein wird, die vom Marxismus von ihm geforderte Selbstbestimmung und Selbstbeschränkung auf sich zu nehmen.

Am ehesten werden dazu zu haben sein die organisierten, geschulten Schichten des Proletariats. Am wenigsten die unorganisierten, ungeschulten. So kommen diese beiden Schichten im Verlauf der proletarischen Revolution leicht in einen Gegensatz zueinander, der sich bis zu gewalttätigem Kampfe steigern kann und der äußerlich an die Kämpfe zwischen den verschiedenen Fraktionen der bürgerlichen Revolution erinnert, bei denen die Radikalen immer die Gemäßigteren übertrumpften und so die Revolution immer weiter trieben. Und es scheint so, als gehorche die proletarische Revolution demselben „Lebensgesetz“ wie die bürgerliche.

Aber in Wirklichkeit sind beide Arten Revolutionen grundverschieden. Das „Weitertreiben“, das in der bürgerlichen Revolution ein Kampf verschiedener Klassen war, ist bei der proletarischen ein Kampf innerhalb der gleichen Klasse. In der bürgerlichen Revolution sind es die vorgehenden Elemente der besitzlosen Klassen, die sich von der bürgerlichen Führung losmachen und den Kampf gegen die Bourgeoisie als Radikale gegen Gemäßigte aufnehmen. In der proletarischen Revolution ist das ganze Proletariat von der bürgerlichen Führung befreit, wird der Kampf der Radikalen gegen die Gemäßigteren zu einem Kampfe der Unwissenden, Unerfahrenen, Unorganisierten, also der rückständigen Teile des Proletariats gegen die Geschulten, Erfahrenen, Organisierten, die höchstentwickelten proletarischen Schichten.

In beiden Arten Revolutionen müssen die Radikalen schließlich scheitern, aber in der bürgerlichen Revolution scheitern sie

deshalb, weil ihr Ziel auf der gegebenen Grundlage überhaupt nicht erreichbar ist, weil sie Armut und Elend ohne Entlastung der Warenproduktion beseitigen wollen. Anders in der proletarischen Revolution. Dort haben die Sozialisten aller Richtungen das gleiche Ziel, und dieses ist erreichbar. Wenn die Radikalen da scheitern, liegt es bloß daran, daß sie in ihrer Unwissenheit und Unbestimmtheit, die sie als revolutionären Sturm und Drang preisen, blind auf ihr Ziel lossteuern, ohne das Fahrwasser zu studieren und seine Untiefen und Risse zu beachten. Sie scheitern nicht daran, daß sie durch ihre Klassenlage gedrängt werden, sich an Unmögliches zu wagen, sondern daran, daß sie das Erreichbare, das in greifbarer Nähe gerückt ist, in verkehrter, unvernünftiger Hast zu gewinnen suchen, wobei sie die Weine brechen und die Fähigkeit verlieren, weiter auf das Ziel loszumarschieren, das ihnen auf diese Weise unerreichbar wird.

Endlich kommt hier noch folgender Unterschied zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Revolution in Betracht: Zur Zeit der bürgerlichen Revolution sind die Produktionsverhältnisse noch sehr einfacher Natur, so daß sie schon einen tüchtigen Puff vertragen. Bürgerkrieg und Terrorismus beeinträchtigen den Produktionsprozeß wohl vorübergehend. Aber die ökonomische Befreiung durch die Revolution ist so gewaltig, daß sie diese Schädigungen rasch überwindet. Nach der Revolution schnellst die Produktion sprunghaft in die Höhe, eine Ära der Prosperität beginnt. So wirkt die Revolution in der Erinnerung fast der ganzen Nation fort als ein stolzes und glückliches Ereignis. Und sie wirkt so fort selbst bei den besitzlosen Schichten, die in ihr unterlagen, als der erste Versuch ihrer Befreiung, den sie bald durch einen besser beratenen Fortsetzen wollten.

Der Produktionsprozeß, der zur Zeit der proletarischen Revolution herrscht, ist dagegen äußerst komplizierter und empfindlicher Natur. Jeder rauhe Eingriff von Dilettanten oder gar Analphabeten droht ihn zum Aufhören zu bringen. Der Stillstand der Produktion bedeutet aber den Tod.

Wo daher in der proletarischen Revolution jene eben beschriebenen „radikalen“ Elemente obenauf kommen, die sie zu rücksichtslosester Zerstörung des „Alten“ „weitertreiben“, um

klare Bahn für das Neue zu schaffen, da endet sie nicht bloß in trostlosem Nacheinander ab der verschwundenen Illusionen, die wie glänzende Seifenblasen zerplagen, sondern auch in völligem ökonomischem Ruin, wie wir eben jetzt in Rußland sichdauernd mit ansehen müssen.

In dem Bewußtsein derjenigen Proletarier, die diese einseitige Methode des Weitertreibens der Revolution überleben, werden daher die radikalsten Elemente der Revolution nicht wie die Radikalen der bürgerlichen Revolution als die Vorkämpfer des proletarischen Befreiungskampfes erscheinen, derer man mit Verehrung gedenkt, sondern als seine Verderber, die man aus vollem Herzen verabscheut.

c) Die Gegenrevolution.

Zum Glück für unsere Sache gibt es außer den zuletzt behandelten Unterschieden noch einen weiteren zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Revolution.

In jener war es unausweichlich, daß es nach dem Sturze des Absolutismus zu erbitterten Kämpfen der Revolutionäre untereinander kam. Denn dieser Sturz war das Werk des Zusammenwirkens verschiedener Klassen, die nach gewonnener Freiheit sofort ihrer Klassegegensätze inne werden und sich nun bekämpfen müssen.

Die proletarische Revolution ist dagegen das Werk einer einzigen Klasse. Sie zerfällt in verschiedene Schichten mit verschiedener Entwicklungshöhe. Diese können in der Revolution in Konflikt miteinander kommen. Aber sie müssen es nicht.

Sie werden es um so weniger, je mehr im Proletariat die organisierten, geschulten Elemente überwiegen, je eifriger diese schon vor der Revolution das Interesse der unorganisierten, schwächeren Brüder wahrgenommen und daher deren Vertrauen gewonnen haben. Je reicher endlich die Nation, in der die Revolution vor sich geht, je höher entwickelt ihr Produktionsapparat, je intensiver dieser arbeitet. Um so leichter wird es dem siegreichen Proletariat werden, sofort wenigstens das bitterste Elend in der Gesellschaft zu lindern und so dem Hauptstachel für ein überleitetes Vorgehen der Revolutionäre seine Schärfe zu nehmen.

Wenn die jüngsten Revolutionen ein anderes Bild geben, so ist das einer Reihe eigenartiger Umstände zuzuschreiben, die dem furchtbaren Weltkrieg und seinen ganz abnormen Konsequenzen zuzuschreiben sind, deren Kenntnis wir voraussetzen dürfen. Aber alle diese Umstände sind ausnahmsweise Art, die sich kaum wiederholen werden, wie immer sich die Zukunft gestalten mag.

Die verhängnisvolle Dreiteilung des kämpfenden Teils des deutschen Proletariats geht ihrem Ende entgegen. Das nicht bloß hungernde, sondern direkt verhungernde Rußland vermag auch den Raubtaten und Leichtgläubigsten unter den nach einem Messias sehnsüchtig ausblickenden Erlösungsbedürftigen nicht mehr zu satzlinieren.

Gelingt es, die Demokratie in Deutschland zu erhalten, und wir haben alle Ursache, das zu erwarten, dann wird die vereinigte Sozialdemokratie, wie Marx und Engels es für England erwarteten, auch in Deutschland auf friedlichem Wege die politische Macht erobern, sobald die Mehrheit der Nation hinter ihr steht. Bis dahin werden wir auch die jetzige verzeufelte Zeit unzureichender Produktion und störenden Weltverkehrs überwunden haben, und die Reichumsquellen der Gesellschaft werden so reichlich fließen, daß sie aus dem Vollen zu schöpfen vermag. Dann wird es für die zur Herrschaft gelangte Sozialdemokratie möglich sein, den Ärmsten unter den Elenden sofort eine erhebliche Besserung ihrer Lage zuteil werden zu lassen ohne Minderung der allgemeinen gesellschaftlichen Kultur, ja unter Hebung derselben und gleichzeitiger Vermehrung der Produktivkräfte.

Kommt das Proletariat zur politischen Macht unter diesen Bedingungen — und das sind die normalen für die proletarische Revolution —, dann ist nicht der mindeste Grund vorhanden, daß die ungeschulten und unerfahrenen Elemente im Proletariat sich gegen die vorgeschrittenen in vernichtendem Bruderkampf wenden, um die Revolution weiterzutreiben — in Wirklichkeit sie zu ruinieren. Dann haben wir alle Aussicht, daß die rückständigen Teile des Proletariats seinem „Vortrupp“, das heißt seinen großen Organisationen vertrauensvoll folgen und Arm in Arm mit ihnen die Revolution in dem Maße weiterführen, in dem die politischen Kräftever-

hältnisse der Klassen und die objektiven ökonomischen Bedingungen es gestatten. Nur über das Tempo des möglichen Vorwärtsmarschierens kann innerhalb des sozialistischen Proletariats gestritten werden. Diese Differenzen werden nicht so intensiv werden, daß sie die organisatorische Einheit der Sozialdemokratie gefährden. Daß wir alle, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, den raschesten Fortgang der Sozialisierung herbeisehnen, daran sollte kein Zweifel bestehen.

Die großen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats werden um so leichter in der Revolution die ganze Klasse zu einheitlichem Tun zusammenfassen, je mehr vorher schon die höher entwickelte Arbeiterchaft sich ihrer schwächeren Brüder angenommen und ihre Kräftigung gefördert hat.

Wenn sich die kommende proletarische Revolution in dieser Weise vollzieht, dann bleibt sie auch vor dem Ende bewahrt, das jede bürgerliche Revolution abschloß — der Gegenrevolution.

In ihrer schon zitierten Broschüre meint die Genossin Lugemburg, es sei ein Lebensgesetz jeder großen Revolution, rasch vorwärtzustoürmen, wobei immer radikalere Elemente oben auf kommen, sonst werde sie von der Konterrevolution erdrückt. Aber die Tatsachen zeigen, daß jede bürgerliche Revolution in dieser Weise vorwärtzstoürte, um schließlich trotzdem von der Konterrevolution erdrückt zu werden. Und dies war kein Zufall, sondern ebenso naturnotwendig wie das Vorwärtzstoürmen selbst, das aus den Gegenätzen der Klassen folgte, die beim Ausbruch der Revolution gemeinsam vorgegangen waren. Es war unvermeidlich, daß die beständigen Klassen sich dabei an Unmögliches wagten und daher schließlich zusammenbrachen. Damit verlor aber die Revolution ihre kraftvollsten und treuesten Stützen und mußte der Gegenrevolution unterliegen.

Engels sagt darüber in seiner Einleitung zur englischen Ausgabe seiner Schrift „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ (abgedruckt in der Neuen Zeit, 11. Jahrgang, 1. Band) unter dem Titel „Über den historischen Materialismus“:

„Auf dies Übermaß revolutionärer Tätigkeit folgte die unvermeidliche Reaktion, die ihrerseits weit übers Ziel hinausschoß.“

Und unmittelbar vorher sagt er, nachdem er diesen Vorgang an dem Beispiel der englischen Revolution des achtzehnten Jahrhunderts illustriert:

„Es scheint dies in der Tat eines der Entwicklungsgesetze der bürgerlichen Revolution zu sein.“ (S. 44.)

Ja, der bürgerlichen, nicht aber auch der proletarischen, die sich unter ganz anderen Bedingungen vollzieht.

Die proletarische wird nicht wie die bürgerliche von einer Vielheit von Klassen gemacht, sondern nur von einer einzigen. Hinter dieser steht keine andere Klasse mehr, die über die der neuen Klasse entsprechende Ordnung hinaus will, aber noch nicht imstande ist, eine eigene Ordnung zu begründen, daher schließlich scheitern muß und dabei die ganze Revolution zum Zusammenbruch bringt.

Wo es in der proletarischen Revolution zu einem blutigen Kampf der Revolutionäre untereinander und infolgedessen zur Gegenrevolution kommt, da entspringt dies nicht einem notwendigen „Lebensgesetz“ der Revolution, sondern ausnahmsweisen Zuständen, die immer seltener werden, da sie meist aus dem Fortbestehen feudaler Verhältnisse in der bürgerlichen Gesellschaft entspringen.

Obwohl der letzte politische Umsturz in Deutschland noch keine rechte proletarische Revolution war, da er ja das Proletariat nur vorübergehend zur Herrschaft brachte, und obwohl hier aus Gründen, die in letzter Linie dem Kriege und nicht der Revolution entsprangen, das Proletariat sich im Bruderkampf zerfleischte und dadurch der Gegenrevolution den Weg ebnete, ist diese bisher noch nicht in dem Maße eingetreten, wie das in den bürgerlichen Revolutionen der Fall war, und wir dürfen erwarten, daß die augenblickliche Reaktion bald ihren Höhepunkt erreicht haben wird.

Nach der großen Französischen Revolution finden wir Kirchhofsrube in Frankreich, völligen Mangel an Bewegungsfreiheit und lange Mangel an Bewegungsbedürfnis der Massen. Das dauerte ein Menschenalter, bis 1830. Nach dem Niederschlagen der Erhebung von 1848 dauert es ein Dutzend Jahre, bis wieder Leben in die bürgerliche und proletarische Demokratie kommt. In dem Zwischenraum von 1849 bis 1860 herrscht völlige politische Starrheit.

Kautsky, Proletarische Revolution.

Im heutigen Deutschland dagegen finden wir wohl ein Abflauen des politischen Interesses der Massen und infolgedessen einen Rückgang der sozialistischen gegenüber den bürgerlichen Stimmungen. Aber diese Erscheinung ist nicht allgemein und so geringfügig, daß sie bisher keine erheblichen Machtverschiebungen hervorgerufen hat.

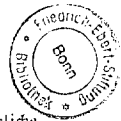
Nur in höchst rückständigen Gegenden, wo es den politischen Analphabeten unter kommunistischer Führung gelang, auch die gescheiterten Teile der Arbeiterklasse mit sich zu sinnlosem Tumult fortzureißen, finden wir eine wahrhafte Gegenrevolution, wie in Ungarn.

Wie in allen Dingen, ist auch hier Rußland völlig eigenartig. Da keine Revolution noch im wesentlichen eine bürgerliche, folgt es auch dem „Entwicklungsgeheim der bürgerlichen Gesellschaft“ und läßt auf das „Übermaß revolutionärer Tätigkeit“ „die unvermeidliche Reaktion folgen, die ihrerseits weit übers Ziel hinausschießt“.

Während dieser Vorgang sich bisher in allen Ländern der Welt in der Weise vollzog, daß eine Partei die andere niederwarf und ablöste, haben es die Bolschewiki fertiggebracht, den Übergang von der Revolution zur Reaktion selbst zu vollziehen. Man preist bewundernd die Lebenskraft ihres Regimes, aber sie beruht nicht auf der Lebenskraft der von ihnen geführten Revolution, sondern darauf, daß sie, sobald sie sehen, daß es mit der Revolution zu Ende geht, bedenkenlos selbst die Funktionen der Gegenrevolution übernehmen.

Engels liebte es, ein englisches Spottlied auf den Vikar von Bray zu singen, auf einen englischen Geistlichen, der in den Zeitläuften des siebzehnten Jahrhunderts sich in seiner Parre dadurch zu behaupten wußte, daß er jedem Regime, ob revolutionär oder reaktionär, mit gleicher Hingebung diene. Lenin übertrumpft den Vikar, denn er bildet das Regime der Reaktion wie das der Revolution selber.

Im „faulen Westen“ ist derartiges doch nicht mehr möglich. Wir haben alle Aussicht, daß sich die kommende proletarische Revolution, das heißt die Gewinnung der politischen Macht, auf Grund der Demokratie vollzieht, also friedlich. Daß sie zu keinem Bruderkampf der Proletarier untereinander führt und daher auch nicht mit einer Gegenrevolution schließt. Ihr wird



das stürmische Vorwärtsschreiten fehlen, das die bürgerliche Revolution kennzeichnet, und doch wird sie schneller vorwärtstommen, weil sie durch keine tiefgehenden Reaktionen und Rückschläge aufgehalten wird.

Die Revolutionärsten unter den Revolutionären werden gegen diese Auffassung protestieren. Eine Revolution ohne Gemebel und Terror ist für sie doch keine richtige Revolution, sondern bloß elender wacklappiger Reformismus. Sie beweisen mit ihren Anschauungen von der Revolution bloß, wie konservativ, trotz aller revolutionären Redensarten, ihr Denken ist. Sie können sich eine Revolution gar nicht anders vorstellen als nach dem Muster der bürgerlichen Revolutionen der Vergangenheit. Wie immer man aber über die proletarische Revolution der Zukunft denken mag, eines steht unzweifelhaft fest: sie wird ganz anders aussehen, weil sie unter ganz anderen Bedingungen vor sich gehen wird als die bürgerlichen Revolutionen, aus deren Geschichte wir bisher unser Wissen und Denken über die Revolution überhaupt geschöpft haben.

d) Die Koalitionspolitik.

Wenn wir die politische Revolution als Eroberung der politischen Macht durch eine bisher von der Staatsgewalt ausgeschlossene Klasse (oder Vereinigung von Klassen) betrachten, dann finden wir zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Revolution in diesem Sinne mannigfache Verschiedenheiten.

Nur eine von ihnen sei hier näher untersucht.

Die bürgerliche Revolution endet in der Gegenrevolution. Die Form, die dazu überleitet, ist in der Regel eine Militärdiktatur. Diese beruht auf der Tatsache, daß die Klassen der Revolution, Bourgeois, Bauern, Kleinbürger, Proletarier, nach den wütenden inneren Kämpfen, in denen sie sich aufreiben, zu einem Gleichgewichtszustand kommen, in dem keine dieser Klassen imstande ist, ihre politische Klassenherrschaft über die anderen aufzurichten. Die Demokratie ist in diesem Stadium noch nicht festgewurzelt, dagegen haben die Bürgerkriege und vielfach auch äußere Kriege der Revolutionszeit dahin geführt, daß an Stelle der alten, aufgelösten Armee des Absolutismus eine neue, stramm disziplinierte getreten ist.

Wer über diese Armee verfügt, wird nun bei dem Gleichgewicht der Klassen leicht absoluter Herr über sie alle. So endet die Revolution in dem, was man Bonapartismus oder Cäsarismus nennt.

Wo wir es mit einer wirklich, nicht bloß, wie in Rußland, scheinbar proletarischen Revolution zu tun haben, fehlen alle Vorbedingungen für eine solche Entwicklung, die am Ende der bürgerlichen Revolution unvermeidlich war. Sie fehlt in der proletarischen Revolution insbesondere deswegen, weil die Demokratie bei ihrem Beginn meist schon festgeburzelt ist, ihre politischen Kämpfe also nicht in der Form des Bürgerkriegs ausgekämpft werden, der an Stelle des überwundenen Militarismus einen neuen setzt. Dann aber deshalb, weil die proletarische Revolution bei ihrem Ausgangspunkt schon ein Überwiegen des Proletariats über alle anderen Klassen voraussetzt, so daß höchstens eine innere Spaltung dieser Klasse den Gegnern der Revolution wieder ein Übergewicht verschaffen kann, was keineswegs notwendig ist und nur ausnahmsweise eintritt.

Wohl aber finden wir den Gleichgewichtszustand der Klassen, der die bürgerliche Revolution abschließt, in der einsetzenden Phase der proletarischen. Dieser Zustand tritt ein in dem Zeitpunkt, ehe das Proletariat so weit ist, daß es für sich allein die politische Herrschaft zu gewinnen vermag, aber doch schon zu stark, als daß irgendeine der bürgerlichen Klassen ihre Herrschaft im Gegensatz zum Proletariat behaupten könnte. In diesem Stadium würde durch das Streben nach einer reinen Klassenregierung jede geordnete Staatsverwaltung und damit auch ein gedeihliches ökonomisches Leben ganz unmöglich. Staat und Gesellschaft und alle ihre Teile, das Proletariat mit inbegriffen, müßten in die äußerste Notlage geraten. Der Bürgerkrieg, der Versuch einer der Klassen, die ihr entgegenstehende durch Waffengewalt niederzuhalten, würde, wenn er in der entwickelten Demokratie, die wir voraussetzen, überhaupt möglich wäre, nichts errögen, als den völligen ökonomischen Zusammenbruch zur Höhe des heutigen russischen zu erheben.

Es bleiben unter diesen Umständen nur zwei Formen der Regierung möglich: entweder bildet eine der Parteien die Re-

gierung unter stillschweigender Duldung oder Unterstützung mindestens einer der gegnerischen Parteien, auf die Rücksicht zu nehmen ist, oder die Sozialisten bilden mit einer oder mehreren der bürgerlichen Parteien zusammen eine Koalitionsregierung.

Beispielen der ersten Form finden wir in Österreich und Schweden. In Schweden eine rein sozialistische Regierung, die aber nur lebensfähig ist, wenn die Liberalen sie unterstützen. In Österreich eine christlichsoziale, die unmöglich wird an dem Tage, an dem die Sozialisten sich anheben, sie zu stützen.

Vorher hatten wir in Österreich eine Koalitionsregierung mit sozialistischer Beteiligung. Ebenso in Belgien und Dänemark. Wir haben eine sozialistisch-bürgerliche Koalitionsregierung in Deutschland. Morgen vielleicht wieder in Dänemark und Belgien und dazu in Italien und England.

Ob ich eine Regierung deshalb unterstütze, weil sie unter den gegebenen Umständen die beste ist, ohne an den Kabinettsberatungen teilzunehmen und auf sie einzuwirken, oder ob ich in diese Regierung eintrete und ihre Beschlüsse direkt bestimme, kann mitunter taktisch einen großen Unterschied machen, nicht aber grundsätzlich. Es gibt allerdings Politiker, die überwiegend Agitatoren sind. Sie tragen daher Bedenken, offen mit bürgerlichen Elementen zusammenzuwirken, und ziehen dafür grundsätzlich verfefftere Formen vor. So galt es zum Beispiel bei der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des früheren Wahlsystems mit Stichwahlen für selbstverständlich, daß man bei einer Stichwahl den Mann der bürgerlichen Opposition, etwa den Demokraten oder Zentrumsmann, wählte. Aber ein besonderes Abkommen mit den betreffenden Parteien zu diesem Zwecke wurde von vielen unserer Rabakalen als sündige Verletzung der Grundsätze des Klassenkampfes verworfen. So scheint es heute auch manchem noch grundsätzlich verwerflich, in ein Koalitionsministerium einzutreten, selbst wenn man seine Notwendigkeit noch so sehr anerkennt.

Zimmer wieder wird für diese intransigente Haltung an den Grundsatz des Klassenkampfes appelliert. Nun ist es sicher: eine der hervorragendsten Leistungen von Marx und Engels, daß sie die Bedeutung des Klassenkampfes in der Politik erkannten, aber nie ist es ihnen eingefallen, zu behaupten, eine Klasse

könne ihre Interessen nur dann wirksam wahren, wenn sie sich völlig isoliere. Wie, höre ich auf zu kämpfen, wenn ich Bundesgenossen suche, um im Kampf erfolgreicher bestehen zu können? Gewiß, wenn ich Bundesgenossen habe, muß ich auf sie Rücksicht nehmen, ich kann mitunter deshalb dem geschlagenen Feinde nicht so schwere Bedingungen auferlegen, als ich täte, wenn ich allein ihn besiegt hätte. Aber was hilft mir dieses „hätte“, wenn ich in Wirklichkeit ohne den Alliierten gescheitert wurde!

Die grundsätzliche Verwerfung jeglicher Koalition unter allen Umständen entspringt jener Auffassung des Klassenkampfes, die alle bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme als die gleiche reaktionäre Masse betrachtet, eine Auffassung, die niemand mehr bekämpfte als Marx, weil sie mehr der Klassenborniertheit als dem Klassenbewußtsein Vorschub leistet.

Otto Bauer, dessen Radikalismus doch nicht bezweifelt werden wird, hat denn auch die Koalitionspolitik keineswegs grundsätzlich verworfen, sondern sie sogar eine Zeitlang selbst praktisch mitgemacht.

Natürlich muß man zwischen Koalition und Koalition unterscheiden. Nur unter bestimmten Voraussetzungen wird sie von Vorteil sein.

Sehr wichtig für diese Frage ist der Artikel, den Otto Bauer in der Berliner „Freiheit“ vom 3. Januar 1922 veröffentlichte unter dem Titel „Koalitionsregierungen und Klassenkampf“.

Er unterscheidet zwei Arten Koalitionsregierungen. Die einen nennt er „reformistische“. Sie wurden gebildet zu einer Zeit, wo die Bourgeoisie noch in gewaltiger Übermacht über das Proletariat herrschte und daher ihm keine Zugeständnisse zu machen brauchte. Wenn einmal eine bürgerliche Regierung einen einzelnen Sozialisten in ihre Mitte aufnahm, wurde dieser dadurch verantwortlich für die rein kapitalistische Regierungspolitik.

Ganz anders heute, wo das Proletariat so erstarkt ist, daß wir ein Gleichgewicht der Klassen haben.

„Wo solches Gleichgewicht der Klassenkräfte besteht, dort kann eine Koalitionsregierung eine vorübergehende Notwendigkeit sein.“

Darin stimme ich Otto Bauer vollständig zu. Dagegen scheint es mir, daß er zu sehr lokale österreichische Verhältnisse gene-

ralisiert, wenn er unter den Machtmitteln besonders die militärischen hervorhebt, über die das Proletariat verfügen muß, um als gestärkter Faktor der bürgerlichen Welt gegenüberzutreten und der Koalition ihren „reformistischen“ Charakter zu nehmen.

„Der reformistische Ministerialismus ließ proletarische Parteien an der Regierungsgewalt teilnehmen, obwohl die vielen militärischen und ökonomischen Machtmittel von der Bourgeoisie monopolisiert blieben, die österreichische Koalitionsregierung dagegen beruhte auf der Tatsache, daß die vielen Machtmittel, die Verfügung über die Armee und über die Verkehrsmittel in die Hände des Proletariats gefallen waren.“

Bauer ist offenbar der Ansicht, daß das Proletariat in den Parteien der Zweiten Internationale über weniger Machtmittel verfügt als in Österreich, sonst würde er nicht hinzufügen, daß „der reformistische Ministerialismus heute die Parteien der Zweiten Internationale beherrscht“.

Meines Erachtens ist das Proletariat in Deutschland stärker als in Österreich, obwohl es hier nicht wie dort über die Reichswehr verfügt. Es ist hier zahlenmäßig der Bauernschaft weit mehr überlegen als in den Alpenländern. Und in noch höherem Grade gilt das von England, wo eine Bauernschaft überhaupt nicht mehr existiert. Stark ist die Bauernschaft in Belgien und Dänemark. Doch auch dort ist das Proletariat an relativer Kraft im Staate dem österreichischen sicher ebenbürtig. Eine Koalitionspolitik in diesen Ländern ist also über jenes Stadium schon hinausgewachsen, das Bauer als das des „reformistischen Ministerialismus“ bezeichnet.

Aber darin hat Bauer vollständig recht: Die Koalitionspolitik hat um so mehr Aussicht auf Erfolg, die Gefahren, die sie in sich trägt, werden unteufbar um so mehr vermindert, je größer die proletarische Macht, die hinter den sozialistischen Ministern in der Koalitionsregierung steht. Wo einmal die Koalitionspolitik unvermeidlich geworden ist, da gilt es also, um sie möglichst nutzbringend für das Proletariat zu gestalten, dessen Macht aufs höchste zu steigern.

Das aber erheißt vor allem: Geschlossenheit des Proletariats. Wer die Gefahren der Koalitionspolitik auf ihr Minimum reduzieren will, hat vor allem die Aufgabe, auf die so-

zialistische Einigkeit hinzuwirken. Wer dieser entgegenwirkt, der beseitigt damit nicht die Notwendigkeit der Koalitionspolitik, er bewirkt bloß, daß sie unter ungünstigeren Bedingungen vor sich geht, als es sonst der Fall wäre.

Die Gegner der Koalitionspolitik in unseren Reihen halten ihr meist die Vorteile einer rein sozialistischen Regierung entgegen. Aber dieser Vergleich ist ganz sinnlos, denn kein Sozialist wird eine Koalitionsregierung bevorzugen, wenn er eine rein sozialistische haben kann. Nur diese kann uns den Weg zum Sozialismus eröffnen, nur diese wird energisch und planmäßig an das Werk der Sozialisierung des kapitalistischen Produktionsprozesses herangehen. Darüber besteht ja gar keine Frage. Hier handelt es sich aber um das Stadium, in dem das Proletariat noch nicht genügend Macht hat, eine rein sozialistische Regierung einzusetzen und zu behaupten, wohl aber schon die Macht, jede Regierung unmöglich zu machen, die als eine direkt proletariatsfeindliche auftritt. In diesem Stadium kann die Frage bloß die sein: Koalitionsregierung oder eine bürgerliche Regierung von Proletariats Gnaden. Eine rein sozialistische Regierung von der liberalen Bourgeoisie Gnaden dürfte so selten sein, daß wir hier von ihr absehen können. Auch sie könnte nicht das leisten, was nur ein sozialistisches Ministerium zu leisten vermöchte, hinter dem ein übermächtiges Proletariat steht.

Es kann der Fall vorkommen, daß eine sozialistische Partei es vorzieht, wenn das bürgerliche Regime außerordentliche Schwierigkeiten hervorruft, der Bourgeoisie die heikle Aufgabe zu überlassen, die Suppe auszulöffeln, die sie eingebrocht hat, zum Beispiel heute die Kriegsfolgen zu überwinden. Aber sehr oft kann es äußerst gefährlich für das Proletariat werden, die Verfügung über die Machtmittel des Staates uneingeschränkt bürgerlichen Elementen zu überlassen. Genosse Bauer sagt, daß in Österreich die Koalitionspolitik vom Standpunkt des revolutionären Sozialismus gestattet war, weil es dort das Proletariat verstand, sich der Wehrmacht zu bemächtigen. Ich möchte aber noch hinzufügen: Gerade, als die Wehrmacht in proletarischen Händen war, durften die Sozialisten es riskieren, aus der Koalition herauszugehen, sobald sie ihnen un bequem wurde.

In einem Land, in dem die Wehrmacht nicht in den Händen des Proletariats ist, und das wird für lange hinaus die Regel sein, kann es von den verhängnisvollsten Folgen werden, wenn die Sozialdemokratie die gesamten Machtmittel des Staates in rein bürgerliche Hände legt ohne jede Kontrolle und ohne jede Einflussnahme auf ihre Verwendung.

Nun widerstrebt die Koalition sicher dem Wesen des Proletariats. Ich habe einmal ausführlicher (in einem Artikel über „Klassendiktatur und Parteidiktatur“ im Wiener „Kampf“, August 1921) dargetan, daß keine der bürgerlichen Parteien eine reine Klassenpartei ist, sondern jede aus einer Vereinigung verschiedener Klassenelemente besteht. Nur die Sozialdemokratie ist eine reine Klassenpartei. Dieser Umstand läßt das Proletariat auch mehr als andere Klassen einer zeitweiligen Zusammenfassung verschiedener Parteien zu einer Koalition widerstreben. Andererseits steht das Proletariat wegen seiner Klassenlage in stärkster Opposition zur bestehenden Gesellschaftsordnung, und das drängt es auch zu steter Opposition im Staate. Das Aufgeben der Oppositionsstellung zu einem anderen Zwecke als dem der sofortigen Überwindung des Kapitalismus geht ihm daher wider die Natur.

Aber das psychologisch Begreifliche ist nicht immer das sächlich Zweckmäßige. Wir haben unser Handeln nicht bloß nach unseren Bedürfnissen, sondern auch nach unserer Erkenntnis einzurichten.jene psychologischen Momente erklären, warum diejenigen, die der Koalitionspolitik und dem Aufgeben der Opposition grundsätzlich widerstreben, im Proletariat leichter Beifall finden als die Vertreter der gegenteiligen Meinung. Sie erklären es, warum sich die Idee der Koalitionspolitik nur schwer und langsam durchsetzt. Aber sie können es nicht verhindern, daß das Notwendige doch kommt, wenn auch nicht mit der Raschheit und Energie, die oft wünschenswert wäre. Die Idee der Koalitionspolitik wird in dem Stadium, in dem sich die kapitalistischen Länder jetzt befinden, trotz aller Widerstände immer mehr an Boden gewinnen und die proletarische Politik immer mehr beherrschen, nicht als Ersatz für die proletarische Revolution, als der sie vielfach angepriesen wurde, was der Propagierung der Koalitions-idee nicht gerade förderlich war, sondern als Einleitung und Vorbereitung dieser Re-

volution, das heißt der politischen Alleinherrschaft des Proletariats durch eine rein sozialistische, von einer proletarischen Übermacht getragenen Regierung.

In seinem berühmten Artikel „Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms“ sagt Marx:

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Dem entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“

Diesen Satz können wir heute auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre für die Frage der Regierung dahin variieren, daß wir sagen:

„Zwischen der Zeit des rein bürgerlich und des rein proletarisch regierten demokratischen Staates liegt eine Periode der Umwandlung des einen in den anderen. Dem entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Regierung in der Regel eine Form der Koalitionsregierung bilden wird.“

Das wird überall dort gelten, wo sich die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat auf dem Wege der Demokratie vollzieht, und das ist nach dem Zusammenbruch der großen Militärmonarchien der normale Weg dafür. Wer heute noch die Koalitionspolitik grundsätzlich verwirft, der ist blind für die Zeichen der Zeit. Der ist unfähig, ihren Aufgaben gerecht zu werden.

3. Der Staat der Übergangszeit.

a) Staat und Sozialismus.

Sobald das Proletariat die politische Macht erobert hat, wird es sie benötigen, den Staat und die Ökonomie, soweit diese staatlichen Eingriffen zugänglich ist, seinen Interessen gemäß zu gestalten.

Bezüglich des Staates haben wir zu unterscheiden die Periode des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Produktion und die des vollendeten Sozialismus. Nur die erstere hat uns hier eingehender zu beschäftigen.

Wohlgemerkt sei auf das Problem hingewiesen, das Marx und Engels für die Zeit des vollendeten Sozialismus

aufgeworfen haben. Sie erklärten, daß, sobald der Sozialismus durchgeführt und die Klassenunterschiede aufgehoben seien, der Staat zwar nicht abgeschafft werde, wohl aber absterbe, weil er seine bisherigen Funktionen verliere. Denn der Staat, sagten sie, ist eine Organisation der jedesmaligen ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihres Ausbeutungsverhältnisses, also zur Niederhaltung der ausgebeuteten Klassen. Mit dem Unterschied von ausgebeuteten und ausbeutenden Klassen verliert der Staat seinen Zweck, verliert er eine seiner Funktionen nach der anderen.

Diese Ausführungen haben gar manches Kopfschütteln verursacht. Auch Lenin handelt ausführlich davon in seiner Schrift „Staat und Religion“, die er bereits im Sommer 1917 verfaßte. (Ich benutze die deutsche Ausgabe des Verlags der „Lichtstrahlen“, Berlin.)

Wie so mancher andere Revolutionär hat auch Lenin die Marx-Engels'sche Auffassung vom Absterben des Staates dahin gedeutet, daß dann das anarchistische Ideal völliger Freiheit des Individuums eintreten werde. Jeder wird „freiwillig nach seinen Fähigkeiten tätig sein, und jeder wird frei nehmen nach seinen Bedürfnissen“ (Lenin, S. 81).

Ein solcher Zustand mag wohl einmal eintreten. Aber nichts in den heute erkennbaren Verhältnissen deutet darauf hin, daß wir dahin kommen. Lenin selbst nimmt an, daß erst die „zweite Phase des Kommunismus“ zu dem Absterben des Staates im Sinne völliger Anarchie führen werde. Er beruft sich dabei auf Marx, der in seinem bereits zitierten Programmbrief von 1875 zwei Phasen des Kommunismus unterscheidet. In der ersten Phase wird jeder Arbeiter nach seinen Leistungen belohnt, in der zweiten ist die Produktivität der Arbeit so groß, daß „die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben kann: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“.

Wir werden, wenn wir zur Ökonomie übergehen, sehen, wie diese stark utopistisch erscheinenden Ausführungen zu verstehen sind.

Über das, was Marx als „erste Phase des Kommunismus“ bezeichnete, können wir aber heute noch nicht hinaussehen. Alles, was wir uns über die zweite Phase vorstellen können,

ist nicht Folgerung aus bekannten Tatsachen, sondern bloßes Hirngespinnst, das als Denkfübung seinen Wert haben mag, aber ganz untauglich dazu ist, unserem Tun bestimmte Ziele zu setzen.

Wir erreichen bereits viel, wenn wir zur Klarheit kommen über das Funktionieren des Staates in der ersten Phase des Sozialismus.

Um diese Frage zu klären, muß man einen Unterschied machen, der gewöhnlich übersehen wird, zwischen der Unterordnung des *Individuums* und der der *Klasse* unter das Gemeinwesen.

Der Mensch ist von Natur aus ein soziales Tier, und schon in den frühesten Zeiten, lange vor der Bildung des Staates, finden wir Gruppen von Menschen vereinigt in bestimmten Organisationen mit bestimmten Ordnungen, Gesetzen, die allerdings zunächst nur ein Gewohnheitsrecht bilden, aber nichtsdestoweniger streng durchgeführt werden. Man denke nur an die Eheordnungen, die Speisegesetze, das Erbrecht, Jagdrecht und viele andere Regelungen, die wir schon bei den Australiern finden, die noch weit entfernt sind von jeder staatlichen Gemeinschaft. Die Staatlosigkeit bedeutet also keineswegs völlige Freiheit des Individuums, sondern sie trifft in den frühesten Gesellschaftszuständen zusammen mit starker Unterordnung des Individuums unter das Gemeinwesen und seine Gebote. Daraus hat bereits Professor Hans Kelsen hingewiesen in seiner bemerkenswerten Abhandlung über „Sozialismus und Staat, eine Untersuchung der politischen Theorie des Marxismus“, veröffentlicht in Grünbergs „Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung“, 9. Jahrgang, 1. Band, S. 50. Ich hoffe, noch Gelegenheit zu finden, mich in einem anderen Zusammenhang ausführlicher mit dieser Arbeit auseinanderzusetzen.

Vor dem Aufkommen des Staates finden wir bereits Gemeinwesen mit bestimmten Verfassungen, zum Beispiel gentil- oder markgenossenschaftlichen Verfassungen, mit einer Zivil- und Militärgewalt; jene mit polizeilichen und richterlichen Funktionen, beide Gewalten einer souveränen Versammlung des Volkes unterworfen, von ihr eingesetzt, an ihre Bechlüsse gebunden.

Als sich dann mit dem Aufkommen der Klassen und der Zusammenfassung verschiedener Gemeinwesen unter eine zentrale Macht der Staat bildete, bedeutete er keineswegs etwas völlig Neues, sondern er knüpfte an die Organisationen an, die ihm vorhergingen, und entwickelte sie weiter, wobei er ihnen allerdings Funktionen verlieh, die sie bisher nicht gehabt, oder alten Funktionen, wie den polizeilichen und richterlichen, einen neuen Inhalt gab, aus dem Schutze der Gemeinschaft gegen Unbotmäßigkeit oder Gedankenlosigkeit einzelner Mitglieder einen Schutz der herrschenden gegen die beherrschte Klasse machte. Bereits Morgan hat darauf hingewiesen, wie wir die Verfassung der staatlosen Gentilgesellschaft in der athenischen Staatsverfassung wiederfinden. („Ancient Society“, 1878, S. 120.)

Ist in der Zeit, die vor uns liegt, einmal die Klassengesellschaft überwunden, so bedeutet das daraus hervorgehende Absterben der hientigen Formen des Staates keineswegs völlige Freiheit des Individuums. Der gesellschaftliche Produktionsprozeß wird mehr als je planmäßig organisiert sein, und es wird nicht gehen, daß man sein Funktionieren von dem Willen der einzelnen abhängig macht. Die Klassenkämpfe werden verschwinden und damit eine Reihe politischer Aufgaben der Staatsgewalt. Um so mehr werden die ökonomischen Aufgaben des Gemeinwesens wachsen. Wie der aufkommende Staat bei der Verfassung, die er sich gab, an die Gentil- und Markverfassungen anknüpfte, wird auch das sozialistische Gemeinwesen bei seiner Verfassung an die Formen des überlieferten Staates anknüpfen, die sich in der Zeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus erhalten oder bilden. Ob man dann fortfährt, das Gemeinwesen nach seiner Umwandlung noch einen Staat zu nennen oder nicht, ist im wesentlichen eine Frage der Terminologie.

Es ist sicher im Interesse klaren Denkens höchst wichtig, verschiedene Erscheinungen durch verschiedene Bezeichnungen auseinanderzuhalten. Jedoch hat der Staat seit seinen Anfängen so verschiedenartige Formen angenommen, die alle mit dem gleichen Namen bezeichnet werden, daß das Wort Staat vielen gleichbedeutend geworden ist mit einem souveränen Gemeinwesen überhaupt.

Wenn man eine orientalische Despotie und eine demokratische Republik, wenn man das streng zentralisierte Frankreich und die lose Föderation des englischen Imperiums alle mit dem gleichen Namen Staat bezeichnen darf, ist es wirklich nicht so wichtig, ob man auch dem sozialistischen Gemeinwesen diesen Namen beilegt.

Als wissenschaftliche Bezeichnung bejaht das Wort Staat sehr wenig, wenn man nicht durch ein Beiwort den besonderen Staat kennzeichnet, um den es sich handelt. Darum kommt auch bei allen Untersuchungen über den Staat „an sich“ so wenig heraus. Man kann ihn ebensogut als teufliche Institution verdammen wie als die Verkörperung der höchsten sozialen Ideale in den Himmel erheben. Ob wir also für das Gemeinwesen der Zukunft einen besonderen Namen erfinden oder es als sozialistischen Staat von den bisherigen Staatenarten unterscheiden, dürfte für die Präzision unseres sozialen Denkens nicht von erheblicher Bedeutung sein.

Ein Punkt noch ist in bezug auf das Verhältnis von Staat zu Sozialismus zu erörtern. In seinem Vorwort zu der Broschüre „Internationales aus dem Volksstaat“, die 1894 erschien, kurz vor seinem Tode, spricht Engels von dem politischen Endziel, das Marx und er verfolgten. Es war

„die Überwindung des ganzen Staates, also auch der Demokratie“.

Engels beschränkt sich auf diese Bemerkung, führt nicht aus, was er darunter versteht. Für Lenin ist dieser Satz ein gefundenes Fressen, er deutet ihn weidlich aus. Dadurch werden meine Bedenken gegen ihn nicht überwunden. Denn die Demokratie ist älter als der Staat und durchaus nicht mit ihm notwendig verbunden. Die vorstaatlichen Gemeinwesen waren demokratisch organisiert, der Staat hat sich als eine der Demokratie feindliche Institution erwiesen. Erst seit dem Aufkommen des modernen Kapitalismus erstet von neuem eine Demokratie, die aber in sich bereits die Elemente des Sozialismus, also der Überwindung des Staates im marxistischen Sinne trägt. Nehmen wir an, daß der Sozialismus den Staat zum Absterben bringt, dann wird die Demokratie den Staat überleben.

Wenn Lenin den entgegengesetzten Standpunkt vertritt, so kommt er zu einem ganz merkwürdigen Schluß. Er sagt, solange es Klassen gibt, ist eine vollkommene Demokratie unmöglich. Sie wird erst möglich dann, wenn die Klassen abgeschafft sind, wenn also der Staat aufhört. Das heißt, die Demokratie wird für Lenin erst dann möglich, wenn sie untergeht. Er sagt von der sozialistischen Gesellschaft:

„Erst dann ist die Demokratie möglich und wird eine wirkliche, volle Demokratie ohne irgendwelche Ausnahmen durchgeführt werden können. Erst dann wird die Demokratie beginnen, abzusterben.“ (S. 74.)

Die wirkliche Demokratie wird uns also erst in dem Moment aufgehen, in dem sie untergeht. Lenin nennt sie „wirklich“, offenbar deshalb, weil sie nach seiner Meinung in Wirklichkeit nie besteht.

Wenn wir aber nicht nach dem Nebelbild der Leninschen „wirklichen Demokratie“ forschen, sondern einfach fragen, welches die Verfassung des sozialistischen Gemeinwesens sein wird, so ist keine andere Verfassung dafür denkbar als die einer demokratischen Republik. Das wollen wir festhalten. Die richtige Benennung für die neue Art Gemeinwesen herauszufinden, die mit der sozialdemokratischen Republik anhebt, ist eine Aufgabe, die wir der jüngeren Generation überlassen können.

b) Die marxistische Auffassung vom Übergangszustand.

Die Frage, die wir eben behandelt, von der Art des Gemeinwesens bei vollständig durchgeführtem Sozialismus, ist eine bloße Doktorfrage. Doch ist sie nicht unwichtig, weil es stets nützlich ist, einen Gedanken zu Ende zu denken und seine fernsten Konsequenzen zu erwägen. Es wird immer dazu beitragen, unsere Schritte in der Gegenwart sicherer zu gestalten.

Dagegen von höchster aktueller und praktischer Bedeutung ist die Frage, welche Verfassung des Staates notwendig ist in der Zeit des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaft; wenn das Proletariat die politische Macht erobert hat, die kapitalistische Produktion aber noch weitergeht.

Wir wollen daran festhalten, daß wir hier von der Zerschlagung des Staates sprechen. Der Neokommunismus, der

diese Frage aktuell gemacht hat, verwirrt sie sofort, indem er die Frage nach der Organisation, die der Staat haben soll, zusammenwirft mit den sozialen Wirkungen, die unter bestimmten sozialen Verhältnissen aus dieser Organisation entspringen.

Mary hat in dem oben mitgeteilten Zitat von dem Staate der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus gesprochen, der „nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats“.

Damit ist noch gar nichts gesagt über die Verfassung, in der diese Diktatur sich äußert. Lenin bringt in diese Frage die größte Konfusion hinein durch seine Versuche, sie zu klären. Er unterscheidet zwischen Staatsform und Regierungsform. Die proletarische Staatsform ist die Diktatur des Proletariats, die bürgerliche Staatsform die Diktatur der Bourgeoisie. Von der Staatsform unterscheidet er die Regierungsform, das, was wir Staatsverfassung nennen: Republik, absolute oder konstitutionelle Monarchie usw. Diese Unterscheidungen sind für ihn nur von geringer Bedeutung. Aber freilich nur für die Zeit der „Diktatur der Bourgeoisie“. Denn aufs eifrigste strebt er danach, die für die Diktatur des Proletariats notwendige Staatsverfassung herauszufinden.

Das Wort von der Diktatur der Bourgeoisie als Staatsform ist eines der lächerlichsten Schlagworte, die unsere Zeit hervorgebracht hat. Es bezeugt klar die Primitivität des bolschewistischen Denkens, das die Gesamtheit der ökonomischen und politischen Kämpfe unserer Zeit auf den Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie reduziert. Dabei stolpert es selbst unaufhörlich über die vor ihm liegende Realität der Bauernschaft.

Die Bourgeoisie hat nie allein die Staatsgewalt bejessen und in diesem Sinn die „Staatsform“ ihrer Diktatur gebildet. Sie mußte sich dazu stets mit verschiedenen Klassen koalieren, dem Großgrundbesitz, der Bauernschaft, dem Kleinbürgertum, der Bürokratie, ja sogar mit dem Proletariat selbst, wie es einige Jahrzehnte lang die Liberalen in England taten.

Was als Diktatur der Bourgeoisie erscheint, ihr beherrschender Einfluß auf die Parlamente, die Regierungen, die Presse usw., ist nicht das Ergebnis einer Staatsform, sondern

das Ergebnis ihrer ökonomischen und intellektuellen Übermacht. Darum äußert sich dieser beherrschende Einfluß bei entwickelten kapitalistischen Verhältnissen unter jeder Staatsverfassung oder, um mit Lenin zu sprechen, jeder Regierungsform.

Ganz anders sieht es mit der Diktatur des Proletariats. Sie kann nicht einer ökonomischen oder intellektuellen Übermacht entspringen, die sich unter allen Regierungsformen äußert, sondern nur aus seinem Besitz der Staatsmacht hervorgehen, der eine bestimmte Regierungsform voraussetzt.

Man hat in diesem Gedanken der Diktatur des Proletariats eine marxistische Inkonsistenz gesehen. Denn, sagt man, nach Mary hängt der politische Überbau vom ökonomischen Unterbau ab. Wie ist es da möglich, durch rein politische Macht ökonomische Übermacht zu brechen?jene Klasse, die ökonomisch die stärkere ist, wird es stets auch politisch sein.

Das ist ein beliebter Einwand der Anarchisten gegen den politischen Kampf. Sie wollen den Kapitalismus durch rein gewerkschaftliche Machtmittel ökonomisch lahmlegen. Das ist konsequent gedacht, aber darum nicht richtiger. Denn wieso soll durch die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter die ökonomische Übermacht der Besitzer aller Lebensquellen der arbeitenden Menschheit beseitigt werden? In der Tat lauert bei dem Anarchisten hinter der Betonung des rein wirtschaftlichen Kampfes stets der Gintergedanke der Brechung der ökonomischen Übermacht des Kapitals durch Vernichtung der kapitalistischen Produktionsmittel.

Aber völlig inkonsequent ist es, wenn hin und wieder auch Bolschewiki die Meinung verfechten, daß die wirtschaftliche Übermacht stets auch mit politischer verknüpft sei. So polemisiert zum Beispiel der georgische Bolschewik Macharadze gegen die Menschewisten seines Landes, die sagten, wenn dieses auch noch nicht reif dazu sei, den Kapitalismus ökonomisch völlig zu überwinden, hätten sie doch die politische Herrschaft des Proletariats aufgerichtet. Das sei ganz unmöglich, ruff Macharadze:

„Die Behauptung der politischen Hegemonie der Arbeiterklasse ist nur eine Fiktion, denn die politische Gewalt stützt sich immer

auf die wirtschaftliche und umgekehrt.“ (Die Arbeiterfrage im menschewistischen Georgien, Russische Korrespondenz, II, 2, Nr. 7 bis 9, S. 652.)

Das ist eine ganz mechanische Auffassung des historischen Materialismus. Politische und wirtschaftliche Macht einer Klasse fallen nicht immer zusammen. Wäre dies der Fall, dann könnten alle sozialistischen Parteien zusammen einpacken, von der äußersten Rechten bis zu äußersten Linken.

Richtig ist bloß, daß die politische Gewalt einer Klasse nicht von ihrem Belieben oder Willen abhängig ist, sondern von ökonomischen Bedingungen. Diese Bedingungen können zeitweise einer Klasse eine größere politische Macht verleihen, als ihrer ökonomischen Macht entspricht.

Dieselbe kapitalistische Entwicklung, die das Proletariat zur zahlreichsten Klasse der Bevölkerung macht, schafft auch die Bedingungen für den siegreichen Aufstieg der Demokratie, unter der schließlich die zahlreichste Klasse zur Herrschaft im Staate gelangt, die dann wieder auf die ökonomischen Verhältnisse zurückwirkt.

Merkwürdigerweise ist es Lenin selbst, der dies einmal ein-
sieht. In seiner schon mehrfach zitierten Schrift über den Staat sagt er:

„Wenn wirklich alle an der Leitung des Staates teilnehmen, kann sich der Kapitalismus nicht mehr halten. Andererseits schafft die Entwicklung des Kapitalismus wieder die Vorbedingungen, die „allen“ eine Beteiligung an der Staatsleitung ermöglichen. Zu diesen Voraussetzungen gehören: allgemeine Schulbildung, die bereits in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern durchgeführt ist, Unterweisung und Disziplinierung von Millionen Arbeitern durch den großen komplizierten gesellschaftlichen Apparat der Post, Eisenbahnen, Großbetriebe, des Großhandels, Bankwesens usw.“ (S. 84.)

Bei solchen wirtschaftlichen Vorbedingungen, meint er weiter, ist es durchaus möglich, sofort, „von heute auf morgen“ zur Beseitigung der Kapitalisten und Beamten überzugehen. Damit gerät er sofort wieder in uferlose Phantastik. Aber mit dem Vorübergehenden hat er recht, wo er sagt, daß in der heutigen Gesellschaft die Demokratie den Kapitalismus schließlich unmöglich macht, und daß der Kapitalismus die Vorbe-

dingungen für die Wirkung der Demokratie im sozialistischen Sinne schafft.

Schade nur, daß Lenin sich 1917 nicht die Frage vorlegte, ob in Rußland diese Vorbedingungen schon gegeben seien. Daß hätte Millionen von russischen Arbeitern, Bauern, Intellektuellen das Leben gerettet und den russischen Staat vor seiner völligen Zerrüttung bewahrt.

Nur gelegentlich blüht bei ihm die Erkenntnis auf, daß die Gewinnung und Ausübung politischer Macht zur Erreichung bestimmter ökonomischer Wirkungen von bestimmten ökonomischen Bedingungen abhängt.

Während ihm die „Staatsform“ der „Diktatur der Bourgeoisie“ unabhängig zu sein scheint von den verschiedenen Regierungsformen, sieht er sehr wohl, daß die „Diktatur des Proletariats“ an eine bestimmte „Regierungsform“ gebunden ist. Aber er sucht mehr als eine Regierungsform, die unter bestimmten ökonomischen Bedingungen dem Proletariat die politische Herrschaft und deren befreiende Anwendung ermöglicht. Er sucht eine Regierungsform, die schon durch ihre bloße Existenz die Herrschaft des Proletariats sicherstellt, unabhängig von allen ökonomischen Bedingungen.

Daß dieser Gedanke Lenins Wirken beherrscht, wenn er auch nicht von ihm in voller Schärfe entwickelt wird, hat Paul Leoh sehr richtig in seiner sonst nicht sehr klaren Einleitung zu Rosa Luxemburgs Broschüre über „Die russische Revolution“ (S. 25) gezeigt.

Lenin glaubte diese Regierungsform gefunden zu haben in der Verfassung der Sowjetrepublik. Daß diese die Herrschaft des Proletariats nicht unter allen Umständen sicherstellt, hat jetzt die Erfahrung gezeigt. Daß es keine Verfassung gibt, die die Herrschaft einer Klasse unabhängig von allen ökonomischen Bedingungen sicherstellt, geht von vornherein aus der materialistischen Gesellschaftsauffassung hervor. Es ist eine sonderbare Art Marxismus, die darauf ausgeht, eine Regierungsform dieser Art zu finden.

Unsere Aufgabe hier ist eine andere. Wir haben nur zu untersuchen, unter welcher Staatsverfassung die politische Herrschaft des Proletariats möglich wird.

Nicht jede Verfassung ist dazu geeignet. Marx sagte in seinem „Bürgerkrieg in Frankreich“:

„Die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen.“

Diesen Satz bringt Lenin in Verbindung mit einem anderen, den Marx in einem Brief an Kugelmann vom 12. April 1871 aussprach:

„Wenn Du das letzte Kapitel meines ‚Nichtzehnten Brumaire‘ nachliest, wirst Du finden, daß ich als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr, wie bisher, die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere Hand zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen, und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent.“ (Neue Zeit, 20. Jahrgang, 1. Band, S. 709.)

Wenn wir den ‚Nichtzehnten Brumaire‘ nachschlagen, finden wir darüber folgendes:

„Die Exekutivgewalt mit ihrer ungeheuren bürokratischen und militärischen Organisation, mit ihrer weitstehenden und künstlichen Staatsmaschinerie, ein Beamtenheer von einer halben Million neben einer Armee von einer anderen halben Million, dieser fürchterliche Parasitenkörper, der sich wie eine Nestschale um den Leib der französischen Gesellschaft schlingt und ihr alle Poren verstopft, entstand in der Zeit der absoluten Monarchie. . . . Alle Umwälzungen vervollkommneten diese Maschine, statt sie zu brechen. Die Parteien, die abwechselnd um die Herrschaft rangen, betrachteten die Befestigung dieses ungeheuren Staatsgebäudes als die Hauptbeute des Siegers.“ (2. Auflage, S. 87.)

„Die staatliche Zentralisation, deren die moderne Gesellschaft bedarf, erhebt sich nur auf den Trümmern der militärisch-bürokratischen Regierungsmaschinerie, die im Gegensatz zum Feudalismus geschmiedet war.“ (A. a. O., S. 94.)

Als allen diesen und ähnlichen Stellen liest Lenin den Gedanken heraus, das siegreiche Proletariat habe vor allem die Staatsgewalt überhaupt zu zerstören. Er wendet sich gegen die „Opportunisten“ und namentlich gegen mich, weil wir das nicht einsehen:

„Die Opportunisten der modernen Sozialdemokratie sind es aber gerade, die nichts von einer Zerstörung der Staats-

gewalt, von einer Beseitigung des Schmarohers wissen wollen.“ (Staat und Revolution, S. 44.)

„Die Vernichtung der Staatsmaschine, die einen Schmaroherauswuchs bildet, deren Beseitigung, Zerstörung; die Staatsmacht wird jetzt ‚überflüssig‘ gemacht — das sind die Ausdrücke, in denen Marx vom Staat spricht.“ (S. 45.)

Immer spricht Lenin an dieser und zahlreichen ähnlichen Stellen vom Staat, der Staatsmaschinerie überhaupt, die auf jeden Fall vom siegreichen Proletariat zu zerbrechen sind.

Vom Bakunisten unterscheidet sich hier Lenin nur dadurch, daß er meint, nach der Zerstümmung des bestehenden Staates müsse das siegreiche Proletariat sofort

„den Bau einer neuen, proletarischen Staatsmaschine in Angriff nehmen und auf diese Weise die Maßnahmen zu größerer Demokratisierung und Ausrottung des Bureautratismus durchführen“ (S. 99).

Nichts leichter, als Lenin dadurch ad absurdum zu führen, daß man zeigt, wie die neue „proletarische“ Staatsmaschine aussieht, die er an Stelle der alten, zerbrochenen gesetzt hat. Wo ist die größere Demokratisierung und Ausrottung des Bureautratismus und Militarismus, dieses „Schmaroherauswuchses“, geblieben, die uns der neue Kommunismus verhieß?

Auch hier zeigt sich der bürgerliche Charakter der jetzigen russischen Revolution, trotz ihrer kommunistischen Etikette, daß auch von ihr gilt, was Marx von den bürgerlichen Revolutionen Frankreichs sagte:

„Alle Umwälzungen vervollkommneten diese Maschine, statt sie zu brechen.“

Doch würde mit diesem Einwand bloß die Unfähigkeit Lenins und seiner Jünger bezeugt, ihr eigenes Programm durchzuführen; ihre Leichtfertigkeit im Aufgeben ihrer Grundsätze sowie die Rückständigkeit Rußlands. Für die Aufgabe, die uns hier beschäftigt, wäre damit nichts gewonnen.

Deren Lösung ist indes nicht weit zu suchen. Wir brauchen bloß das, was Marx geschrieben hat, einfach so zu lesen, wie wir es finden, ohne uns durch die Leninische Auslegung beeinflussen zu lassen. Und dann zeigt sich deutlich, daß Marx

keineswegs meinte, das Proletariat könne auf keinen Fall seine Herrschaft ausüben, ohne den überkommenen Staatsapparat zu zerstören. Marx lehnte nur eine besondere Form dieses Apparats ab, den bürokratisch-militaristischen, der zu einer ausnehmend hohen Entfaltung im zweiten französischen Kaiserreich gelangt war, das zu der Zeit, als Marx seine oben zitierten Ausführungen schrieb, sich eben bildete („Der achtzehnte Brumaire“) oder eben gestürzt war („Bürgerkrieg in Frankreich“, Brief an Angelmann).

Dass seine Ausführungen nicht jedem bestehenden Staat galten, darauf macht er selbst aufmerksam, indem er darauf hinwies, dies Zerbrehen der „bürokratisch-militarischen Maschinerie“ sei die „Vorbereitung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent“ (Brief an Angelmann).

Also er nahm England dabei ausdrücklich aus. Lenin meint freilich, das gelte heute nicht mehr. Heute sei auch in England die bürokratisch-militarische Maschinerie übermächtig geworden. Es gehört zu den auszeichnenden Merkmalen der Männer der Weltrevolution, daß sie keine Ahnung davon haben, was in der Welt wirklich vorgeht.

Seit 1871 ist England noch weit demokratischer geworden, als es damals war, und seit dem jüngsten Weltkrieg hat es seine militärische Maschinerie wieder erheblich reduziert, die es im Kriege allerdings aufs äußerste ausgedehnt hatte, um die militärische Maschinerie in Mitteleuropa zu zerbrechen. Heute gibt es in Europa nur noch zwei große Staaten, in denen im Marx'schen Sinne eine „wirkliche Volksrevolution“ zur Zerbrechung des „fürchterlichen bürokratisch-militarischen Parasitenkörpers“ noch notwendig ist, das ist Frankreich, dies Kaiserthum ohne Kaiser, und in noch weit höherem Grade Rußland, dies Zarentum ohne Zaren. Aus den Marx'schen Worten geht klar hervor, daß heute die Zerschlagung der bestehenden russischen Staatsmaschinerie die unerläßliche Vorbedingung jedes proletarischen Aufstands ist.

Das ist so klar, daß ich annehme, die auf Marx sich berufende Lenin'sche Philippika gegen Bürokratie und Militarismus aus den Tagen unmittelbar bevor er zur Regierung kam wird heute als eine aufreißerische, also „gegen-

revolutionäre“ Schrift von der Nachfolgerin der Lichkef strengstens verboten werden.

Aus den Marx'schen Sätzen geht folgendes unzweideutig hervor:

Die Arbeiterklasse kann nicht jede Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen. Eine bürokratisch-militaristische Staatsmaschinerie ist dazu untauglich. Einzig dazu tauglich ist die demokratische Republik. Wo das siegreiche Proletariat sie nicht vorfindet, muß es sie schaffen. Im Jahre 1871 und lange darüber hinaus schien dies eine unerläßliche Aufgabe des Proletariats allenthalben auf dem Kontinent zu sein. Die letzten Jahre haben darin gründlichen Wandel geschaffen. Fast überall in Europa wird das siegreiche Proletariat die demokratische Republik bereits fertig vorfinden. Es wird dort keine Staatsmaschinerie völlig zu zerbrechen, sondern nur noch Überreste der Monarchie sowie bürokratischer und militaristischer Privilegien hinwegzufegen haben.

Daß sich die Marx'schen Bemerkungen über das Zerbrehen des Staatsapparats nicht auf jeden Staat, sondern bloß auf die Militärmonarchie bezogen, spricht Engels direkt aus in seiner Kritik des sozialdemokratischen Programmwerths des deutschen Parteivorstandes von 1891. Er sagt dort:

„Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats.“ (Neue Zeit, 20. Jahrgang, 1. Band, S. 11.)

Anderwärts sagt Engels, die Pariser Kommune von 1871 das sei die Diktatur des Proletariats gewesen. Auch deren Verfassung war eine ausgesprochen demokratische. Ich habe darüber bereits in zwei Schriften gehandelt, in „Terrorismus und Kommunismus“ sowie in „Von der Demokratie zur Staatsflaverei“. Ich brauche mich also hier nicht zu wiederholen und darf mich mit dieser Feststellung begnügen.

c) Der Arbeiterlohn als Ministergehalt.

Lenin selbst kann es nicht leugnen, daß Marx den eminent demokratischen Charakter der Pariser Kommune, dieser „Dif-

tatur des Proletariats", hervorhebt. Lenin versucht es um so weniger, als er im Sommer 1917 noch keineswegs der Demokratie für die Zeit der Diktatur abgeschrieben hatte, wenigstens sie schon anfangs, ihm un bequem zu werden. Er macht nur schon den Unterschied zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie. Die letztere, nicht die erstere habe Marx für die Zeit des Überganges gefordert. Daß ich diesen Unterschied nicht mache, wird mir von Lenin bereits als schändlicher Opportunismus und Preisgabe proletarischen Denkens vorgeworfen.

Worin besteht aber das spezifisch Proletarische in der Demokratie der Pariser Kommune? Sie ersetzt nicht das allgemeine Wahlrecht durch ein Klassenwahlrecht, beschränkt auch nicht die politischen Rechte auf eine bestimmte Klasse — das heiße ja nach dem bisherigen Sprachgebrauch nicht Demokratie, sondern das Gegenteil davon. Demokratie bedeutet Aufhebung aller politischen Privilegien für einen Stand oder eine Klasse.

Nein, 1917 suchte Lenin den Unterschied zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie noch anderswo:

„Kautsky hat den Unterschied nicht begriffen zwischen bürgerlichem Parlamentarismus, der die Demokratie (nicht für das Volk) mit dem Bürokratismus (gegen das Volk) verbindet, und der proletarischen Demokratie, die sofort Maßnahmen ergreift, um den Bürokratismus an der Wurzel auszurotten, und die imstande sein wird, diese Maßregeln restlos bis zur völligen Beseitigung der Bürokratie, bis zur Einführung der vollen Demokratie für das Volk durchzuführen.“

Kautsky beweist hier immer die gleiche abergläubische Ehrfurcht vor dem Staate, den gleichen Aberglauben an die Bürokratie.“ (S. 93.)

Wenn die proletarische Demokratie in der sofortigen völligen Beseitigung und Ausrottung der Bürokratie an der Wurzel besteht, dann gibt es heute keinen Staat, der weiter entfernt ist von der „proletarischen Demokratie“, als den von Lenin regierten.

Worin besteht aber mein Aberglaube an die Bürokratie?

Darin, daß ich bisher an drei Forderungen achtlos vorbeigegangen bin, die Marx in seiner Schrift über den „Bürgerkrieg in Frankreich“ als Forderungen der Kommune regi-

striert und die Lenin von fundamentalster Bedeutung erscheinen. In ihnen sieht er die grundlegenden Faktoren der proletarischen Demokratie.

Es ist richtig, daß ich diese Forderungen bisher ignoriert habe. Aber nicht aus Aberglauben an die Bürokratie, sondern weil ich ihnen keine große Wichtigkeit beimaß. Und es scheint, daß Marx und Engels ähnlich dachten, denn abgesehen von den paar Sätzen, in denen Marx im „Bürgerkrieg“ die in Rede stehenden Forderungen mitteilt, und der Erläuterung dazu, die Engels in seinem Vorwort von 1891 gab, haben beide nach meiner Erinnerung nicht weiter davon gehandelt, während sie über die anderen demokratischen Einrichtungen, die von der Kommune eingeführt oder benutzt wurden, öfter und eingehender gesprochen haben: die Verwandlung des stehenden Heeres in ein Milizheer, das allgemeine Wahlrecht, die Selbstverwaltung der Gemeinden und dergleichen.

Die Forderungen, die Lenin so bemerkenswert erscheinen, sind in folgendem Absatz des „Bürgerkrieg“ enthalten:

„Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse. Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit. Die Polizei, bisher das Werkzeug der Staatsregierung, wurde sofort aller ihrer politischen Eigenschaften entkleidet und in das verantwortliche und jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt. Ebenso die Beamten aller anderen Verwaltungszweige. Von den Mitgliedern der Kommune an abwärts mußte der öffentliche Dienst für Arbeiterlohn besorgt werden.“

Diese Forderungen sollen die proletarische Demokratie von der bürgerlichen grundlegend unterscheiden und jener ihren besonderen Charakter verleihen.

Betrachten wir zunächst die letztangeführte, die Besorgung des öffentlichen Dienstes für Arbeiterlohn.

Lenin schreibt darüber:

„Hier kommt am Klaren die Schilderung zum Ausdruck: von der bürgerlichen Demokratie zur proletarischen, von der Demo-

kratie der Ausbeutung zur Demokratie der ausgebeuteten Klassen, von der „öffentlichen Gewalt“ zur Unterdrückung einer bestimmten Klasse zur Unterdrückung der Ausbeuter durch die gemeinsame Kraft der Mehrheit des Volkes, der Arbeiter und Bauern. Und gerade an dieser anschaulichsten, vielleicht der wichtigsten Stelle zur Frage des Staates ist Margens Lehre völlig in Vergessenheit geraten.“ (S. 35.)

Verhängnisvollerweise nach einer vorübergehenden Neubelebung sogar in Sowjetrußland.

Wie tauchen hier aber plötzlich die Bauern auf? Seit wann ist die bäuerliche Demokratie keine bürgerliche, sondern eine proletarische? Und doch hat Lenin recht, hier Bezug auf die Bauern zu nehmen. Eine wohlfeile Regierung ist ein Wunsch nicht bloß des Proletariats, sondern auch der Kleinbürger und Bauern. Ja, diese fordern sie sogar noch mehr als die Proletarier, die an den Staat große Ansprüche stellen. Nirgends waren zur Zeit der Kommune in Europa die Gehälter der hohen Beamten geringer als in der Schweiz, die niemand für eine proletarische Demokratie halten wird. Die Forderung der Pariser Kommune ist also durchaus nicht etwas, was die proletarische Demokratie kennzeichnet. Marx stellt sie auch keineswegs als etwas spezifisch Proletarisches hin.

Daß die proletarische Republik ebenso wie eine bäuerliche oder kleinbürgerliche alle Privilegien der höheren Beamtenschaft abschaffen wird, ist selbstverständlich. Daß die Mitglieder der Kommune nur Arbeiterlohn bezogen, war gegenüber der Korruption des Kaiserreichs eine sehr erhebende Demonstration.

Aber nach den Erfahrungen, die wir seitdem gemacht, und namentlich nach den Erfahrungen in Rußland darf man billig bezweifeln, daß es in der Zeit des Übergangs zum Sozialismus möglich sein wird, die gesamten Ämter des Staates mit den nötigen intellektuell hochstehenden Kräften zu versehen, wenn ihnen bloß ein Arbeiterlohn geboten wird.

Sicher geht die Tendenz der ökonomischen Entwicklung dahin, die Differenzen zwischen der Entlohnung geistiger und manueller Arbeit zu verringern. Allerdings darf man dabei manche Erscheinungen im und seit dem Kriege nicht übertreiben. Vielfach waren im Kriege und nachher die Löhne man-

ches einfachen Handarbeiters über die einzelner wissenschaftlicher Arbeiter emporgestiegen. Sehen wir aber näher zu, so werden wir finden, daß hier nicht eine allgemeine Tendenz zutage tritt, sondern eine Erscheinung, die auf die Länder mit rasch sinkender Valuta beschränkt ist sowie auf die Festangestellten, die bei sinkendem Geldwert mit ihren Gehaltserhöhungen nicht so rasch vorwärtskommen wie die Arbeiter mit ihren Lohnerhöhungen.

Nicht damit zu verwechseln ist die allgemeine, schon vor dem Krieg und der Revolution zutage tretende Erscheinung, daß die Überproduktion an Intelligenz eine Reihe von intellektuellen ökonomisch immer tiefer drückt, indes einzelne Schichten von Handarbeitern emporsteigen. So findet eine allmähliche Annäherung der ökonomischen Lage beider statt. Diese Annäherung wird nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat weitere Fortschritte machen, nicht mehr durch ein weiteres Herabgleiten der Massen der Intellektuellen, wohl aber durch rascheren Aufstieg der gesamten arbeitenden Massen. Wir dürfen annehmen, daß in einer vollentwickelten sozialistischen Gesellschaft der ökonomische und auch der soziale Unterschied zwischen Hand- und Kopfarbeitern aufgehoben sein wird.

Aber hier handelt es sich um die Phase des Übergangs. Wir werden weiter unten in einem anderen Zusammenhang die ökonomischen Gründe darlegen, die es einfach unmöglich machen, die von Marx aufgenommene Forderung der Kommune, die auch uns stets sehr sympathisch war, aufrechtzuhalten.

Hier sei nur noch die Begründung bezeichnet, die Lenin dafür gibt, daß aller öffentliche Dienst ohne Unterschied sofort gegen Arbeiterlohn zu leisten ist. Er sagt:

„Die kapitalistische Kultur hat Großbetriebe, Fabriken, Eisenbahnen, Post, Fernsprecher und anderes mehr geschaffen. Auf dieser Basis ist aber die Mehrzahl der Funktionen der Staatsmacht so vereinfacht worden und kann auf so einfache Operationen wie Registrierung, Vermert, Kontrolle zurückgeführt werden, daß diese Funktionen alle Leute, die des Lesens und Schreibens kundig sind, ausüben instande sein werden, so daß man sie zum gewöhnlichen Arbeiterlohn wird leisten können und müssen.“ (S. 35, 36.)

„Die Arbeiter werden nach Eringung der politischen Macht den alten bürokratischen Apparat zer schlagen, ihn bis auf den Grund zerstören, nicht einen Stein auf dem anderen lassen; sie werden ihn durch einen neuen, aus den gleichen Arbeitern und Angestellten gebildeten Apparat ersetzen, wobei sofort die von Marx und Engels genau dargelegten Maßnahmen gegen eine Umwandlung derselben in Bürokraten vorgenommen werden:

1. Nicht nur Wählbarkeit, sondern auch Abhebbarkeit zu jeder Zeit.
2. Eine den Arbeiterlöhnen nicht übersteigende Bezahlung.
3. Sofortiger Übergang dazu, daß alle die Funktionen der Kontrolle und Aufsicht verrichten, damit alle eine Zeitlang 'Bureaukraten' werden und somit alle davor bewahrt werden, Bürokraten zu sein." (S. 92.)

Unmittelbar bevor Lenin die Zügel der Staatsmacht ergriff, stellte er sich also noch vor, deren Funktionen seien durch die kapitalistische Kultur, durch Post und Telefon so vereinfacht worden, daß jeder sie besorgen könne, der Lesen und Schreiben gelernt habe. Die Staatsbeamten hätten nichts zu tun als zu kontrollieren und zu registrieren — wen und was, wird nicht gesagt. Vielleicht haben die einen bloß das Registrieren der anderen zu kontrollieren und die anderen das Ergebnis der Kontrolle der einen zu registrieren. Und an diesem schönen Geschäft werden sofort alle nacheinander teilnehmen.

So kindisch stellte sich noch am Tage vor seinem Staatsstreich das größte Genie des Bolschewismus das Funktionieren der Staatsmacht vor. Wahrhaftig, das russische Volk hat eine starke Konstitution, daß es dieses Regime tollkühnster Unwissenheit jetzt schon fünf Jahre lang trägt, ohne noch gänzlich ausgerottet zu sein.

d) Die Abhebung der Abgeordneten.

Die zweite Marx'sche Forderung, die nach Lenin die proletarische Demokratie kennzeichnen soll, ist die Wahl der Beamten durch das Volk nach allgemeinem Stimmrecht und die Abhebbarkeit nicht bloß der Beamten, sondern auch der Abgeordneten zur Kommune, der Stadträte.

Auch hier muß man wieder fragen, einmal, wo wir in Lenins Reich die Wahl der Beamten durch das Volk nach allgemeinem Stimmrecht finden, und dann, worin das speziell Proletarische

dieser Forderung besteht, die wir in der bürgerlichen Schweiz längst erfüllt sehen. Die Forderung ist sicher von Bedeutung, aber wir haben uns ihr auch nie verschlossen. Das alte Erfurter Programm verlangte bereits „Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben“.

Wenn Lenin glaubte, diese Forderung 1917 von neuem erheben zu müssen unter Schmähungen auf die früheren Sozialisten, die sie angeblich ignorierten, so hat er damit wieder einmal Amerika entdeckt.

Aber die Abhebbarkeit der Abgeordneten? Auch sie ist nichts weniger als eine neue Forderung. Und sie wurde von nicht wenigen bürgerlichen Demokraten erhoben. Sie wurde zu der Zeit der Pariser Kommune weit allgemeiner propagiert als heute, ebenso wie das imperative Mandat.

Sie entstammt einer Zeit, in der die Wähler den Abgeordneten noch als unorganisierte Masse gegenüberstanden. In der Epoche der Pariser Kommune war das noch allgemein der Fall. Hatte man den Abgeordneten einmal gewählt, dann konnte er machen, was er wollte. Seine Wähler verloren alle Kontrolle über ihn. Da erstand die Idee, die Wähler sollten den Abgeordneten, der sie entsandte, wieder abberufen können. Das wäre, wenigstens bei geheimer Stimmabgabe, keine so einfache Prozedur gewesen, denn wie die Meinung der Wähler feststellen? Das wäre doch nur durch eine Neuwahl möglich gewesen. Eine dem Abgeordneten feindliche Minderheit in einem Wahlkreis hätte es stets in der Macht gehabt, den Erwählten, auch wenn er noch so sehr im Sinne der Mehrheit seiner Wähler handelte, alle Augenblicke vor die Notwendigkeit zu stellen, sich einer Neuwahl zu unterziehen. Nichts leichter, als unbequeme Abgeordnete auf diese Weise zu schikanieren. Wenn ich recht verstanden bin, wurde die Abhebbarkeit der Abgeordneten in Sowjetrußland nur zu dem Zwecke gebraucht, jede ernsthafteste Opposition in den Sowjets zu unterdrücken.

Im zivilisierten Westen ist diese so leicht zu mißbrauchende Bestimmung gänzlich überflüssig geworden: durch die Organisation der Volksmassen in großen Parteien, die seit einem halben Jahrhundert unter dem Vorangehen der Sozialdemokratie vor sich ging. Seitdem ist die Verantwortlichkeit des

Abgeordneten seinen Wählern gegenüber immer mehr zurückgetreten hinter der seiner Verantwortlichkeit gegenüber seiner Partei. Nun wird es auch immer seltener, daß der einzelne auf eigene Faust kandidiert. Er präsentiert sich immer häufiger den Wählern als Vertreter einer Partei. Als solcher und nicht um seiner persönlichen Popularität willen wird er gewählt. Das tritt am schärfsten zutage in den modernsten Wahlsystemen nach dem proportionellen Verfahren, in denen offiziell nicht mehr einzelne Personen, sondern ganze Parteien mit einer langen Liste von Kandidaten vor die Wähler treten. In der Regel sind weder die Parteien noch ihre Kandidaten Reklame, sondern durch längeres öffentliches Wirken erprobt und bekannt.

Der einzelne Abgeordnete kann im Parlament nicht mehr machen, was er will. Er steht unter der Disziplin seiner Fraktion, wird von seiner Partei beständig kontrolliert — ausgenommen den einen Fall, daß die Partei selbst aus dem Leim geht. Aber auch dann finden sich die freigelegten Elemente immer wieder in neuen Fraktionen zusammen, die von neuen Parteiorganisationen außerhalb des Parlaments kontrolliert werden.

Die Forderung der Abhebbarkeit des einzelnen Abgeordneten durch seine Wähler, die von den Pariser Kommunisten 1871 wie von vielen anderen radikalen Demokraten jener Zeit erhoben und von Marx akzeptiert wurde, kennzeichnet eine Zeit, in der sozialistische Parteien und überhaupt die Organisationen der Massen zu politischen Parteien eben erst begonnen hatten. Die Erste Internationale ist während der ganzen Zeit ihres Bestehens nicht eine Vereinigung sozialistischer Parteien gewesen.

Diesem primitiven Zustand der Anteilnahme der Massen an der Politik war die Forderung der Abhebbarkeit der Abgeordneten ganz angemessen. Wer heute nach einem halben Jahrhundert intensiver Parteilarbeit und rapidester Parteiausdehnung die gleiche Forderung erhebt, bezeugt damit nur, wie verständnislos er höher entwickelten Zuständen gegenüber steht.

Was vor fünfzig Jahren vernünftig und revolutionär erscheinen mochte, ist heute nicht bloß unvernünftig, sondern auch

reaktionär geworden. Der Abgeordnete handelt reaktionär, der heute noch der Abhängigkeit von der Partei, die durch eine Idee zusammengehalten wird, die Abhängigkeit von der zusammenhanglosen Masse der Wähler vorzieht.

Je mehr das Parteileben sich entwickelt, desto mehr ist die Forderung der Abhebbarkeit des Abgeordneten durch seine Wähler zurückgetreten. Sie spielt heute in keinem Lande mit älterem politischen Leben mehr eine Rolle. Wenn die Leninische „proletarische“ Demokratie sich von der „bürgerlichen“ nur durch Einrichtungen dieser Art unterscheidet, dürfte dies revolutionärste aller Gebilde bedenklich hinter seiner Zeit nachhinken.

e) Vollziehende und gesetzgebende Gewalt.

Eingehender als die zwei ersten der drei Merkmale der proletarischen Demokratie Lenins (das heißt des Lenin von 1917) ist das dritte zu erörtern, die Vereinigung der gesetzgebenden mit der vollziehenden Gewalt in einer einzigen Körperschaft, wie sie der Pariser Stadtrat während der Erhebung von 1871 bildete.

Marx begnügt sich leider damit, diese Forderung zu verzeichnen, ohne sie des näheren zu erläutern. Er fügt bloß hinzu, daß die Kommune dadurch aus einer parlamentarischen eine arbeitende Körperschaft wurde. Engels in seiner Einleitung zur Neuaufgabe des „Bürgerkriegs“ von 1891 handelt wohl von den ersten beiden der drei hier in Rede stehenden Forderungen, nicht aber von der dritten, die am meisten einer Erläuterung bedurfte.

Man darf wohl annehmen, daß es das Beispiel des französischen Konvents seit September 1792 war, das sowohl den Kommunisten wie Marx bei der Forderung der Vereinigung gesetzgeberischer mit vollziehender Gewalt vor Augen schwebte.

Diese Vereinigung war aus den Verhältnissen entstanden, in die die Französische Revolution zur Zeit des Konvents geraten war, der dritten Nationalversammlung seit 1789.

Frankreich stand damals im Krieg gegen fast ganz Europa: Österreich, Preußen, Italien, Spanien, die Niederlande, England. Nur Rußland fehlte noch, das sich eben anschickte, den Rest Polens zu verpeisen. Die alte französische Armee war

aufgelöst, die neue erst im Entstehen begriffen, die Generale unzuverlässig, zum Teil direkte Verräter. Die Minister in der furchtbaren Situation schwankend und unsicher. Der alte bürokratische Apparat zerbrochen, noch kein neuer gebildet, die einzelnen Departements machten, was sie wollten.

In dieser Situation gab es nur drei Faktoren, die den zerfallenden Staat zusammenhielten: das von höchst energischen Arbeitermassen beherrschte Paris, eine geschlossene Miesenmacht, die den Departements in ihrer Zersplitterung überlegen war. Daneben der festorganisierte Jakobinerklub, dessen Zentrum in Paris lag, dessen Verzweigungen sich aber in alle Teile des Staates erstreckten. Neben diesen beiden bestand der Konvent, die Volksvertretung ganz Frankreichs, auf die in der Not alle revolutionären Franzosen blickten, die aber Kraft und Entschlossenheit nur bekam durch die Pariser Arbeiter und den Jakobinerklub.

Die vollziehende Gewalt versagte, die Minister, die Generale, die Provinzialbeamten. So drängten Jakobiner und Pariser den Konvent, selbst die vollziehende Gewalt an sich zu nehmen — und die höchste richterliche auch. Abgeordnete des Konvents wurden den Generalen zur Seite gestellt, um sie zu überwachen, den Ministern, um sie anzutreiben. Abgeordnete wurden in die Provinzen geschickt, um die Durchsetzung der allgemeinen Wehrpflicht zu fördern usw.

Der Konvent hat dadurch tatsächlich Großes geleistet und mit Paris und dem Jakobinerklub zusammen die Revolution gerettet. Aber man darf nicht vergessen, daß diese Vereinigung vollziehender und gesetzgebender Gewalt sich unter ganz abnormen Verhältnissen vollzog, Verhältnissen, die niemand herbeiwünschen wird: Krieg gegen die Invasion einer übermächtigen Fremdmacht bei gleichzeitigem Versagen der eigentlichen vollziehenden Elemente.

Jeder Krieg hat die Tendenz, die Konzentrierung aller Gewalten des Staates in einer Hand zu fördern. In der Regel ist es die vollziehende Gewalt, die sich da die anderen Gewalten aneignet oder unterordnet, die gesetzgebende und die richterliche. Der Krieg der großen Revolution fand die vollziehende Gewalt der Republik in völligem Versfall. Als die einzige Staatsgewalt voll Energie blieb die gesetzgebende, der

Konvent übrig. Allerdings war dies zum größten Teil übertragene Energie der Pariser arbeitenden Klassen.

Der Krieg — auch der Bürgerkrieg — ist aber gerade nicht die richtige Bedingung für den Aufbau einer neuen Produktionsweise. Der Krieg oder Bürgerkrieg kann unter bestimmten sozialen Verhältnissen sehr geeignet, ja unerlässlich sein, um die politische Macht zu erobern. Auch dazu, die politische Macht zum Beseitigen der Hindernisse des Neuaufbaus anzuwenden. Aber er ist sehr wenig geeignet, zweckmäßige soziale Neuordnungen zu fördern. Er macht sie meist ganz unmöglich. Denn er ordnet das ganze Leben seinen eigenen Zwecken unter, und die sind bloß die der Zerstörung.

Für die Zeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus brauchen wir auf das dringendste den Frieden nicht nur nach außen, sondern auch im Innern. Nicht in dem Sinne einer Versöhnung der Klassen, wohl aber in dem Sinne, daß sie ihre Kämpfe mit den Mitteln der Demokratie und nicht mit Waffengewalt ausfechten. Unter diesen Bedingungen besteht aber nicht der mindeste Grund dafür, die vollziehende mit der gesetzgebenden Gewalt zu vereinen. Wohl aber sprechen eine Reihe von Gründen dagegen.

Das große Gesetz des Fortschritts ist das der Arbeitsteilung. Ein Organismus steht um so höher auf der Stufenleiter der Entwicklung, je weitergetrieben die Arbeitsteilung seiner Organe. Allerdings bedeutet nicht jede Arbeitsteilung einen Fortschritt, sondern nur eine solche, bei der die Harmonie der Teile und ihr dem Ganzen dienendes Zusammenwirken erhalten bleibt. Eine Arbeitsteilung, bei der sich ein Teil auf Kosten des Ganzen vervollkommenet, ist diesem schädlich und kann nicht als Fortschritt des Ganzen betrachtet werden. Wo aber eine Arbeitsteilung erfolgreich funktioniert, bedeutet ihre Aufhebung, also die Zuweisung der Funktionen verschiedener Organe an ein einziges Organ, einen Rückschritt.

Die Arbeitsteilung, die sich im Laufe einer Jahrtausende währenden Entwicklung zwischen vollziehenden, gesetzgebenden und richtenden Organen im Staate gebildet hat, ist kein Produkt der Willkür. Sie hat sich immer mehr durchgejezt deshalb, weil jede dieser Funktionen zu ihrer zweckmäßigsten Ausföhrung andere Bedingungen erfordert.